

Arch W 3462

WILDCAT » INFO «

Zur Bewaffnung

Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenkundigen bewaffnet.

Für Waffenunkundige werden sofort Uebungen unter Leitung von Waffengeübten abgehalten. Alle Waffendienste sind nur von Waffenkundigen auszuüben.

Die Arbeiter müssen ihre Waffen auf dem Wege zu und von der Arbeitsstelle ständig bei sich tragen.

Die Betriebsräte haben an Hand von Listen, welche Namen und Waffennummern enthalten, eine strenge Waffenkontrolle auszuüben.

München, den 14. April 1919



INFO Nr. 23
Juli/August 1988

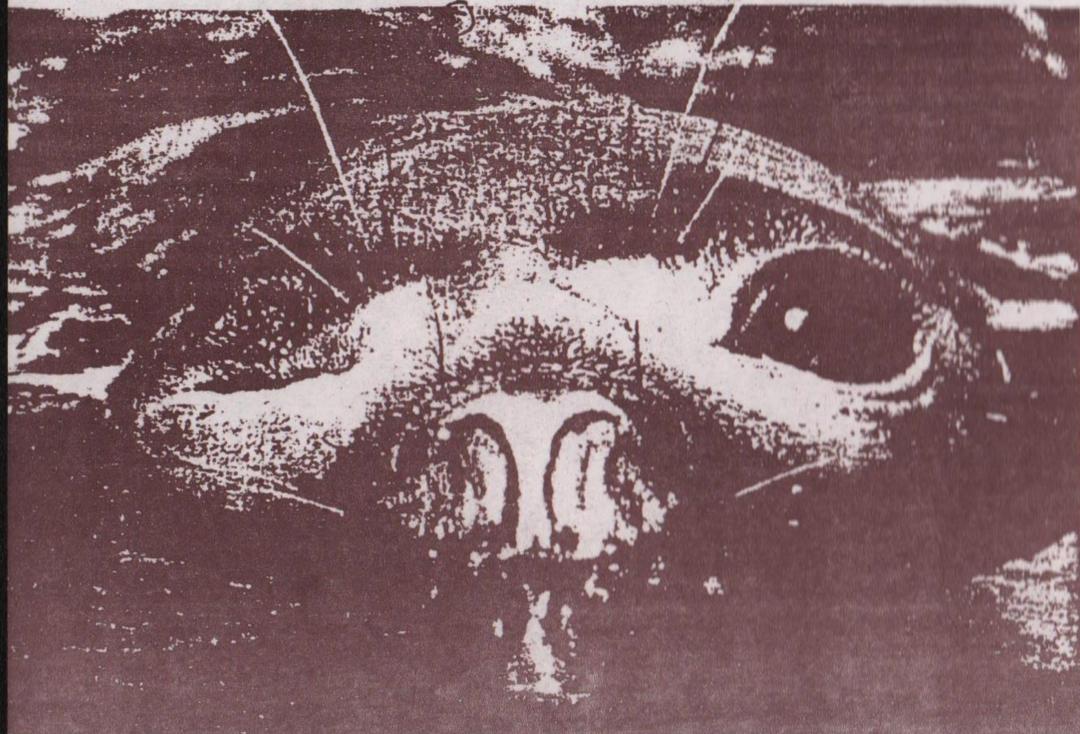
WILDCAT — INFO

c/o J. Kuri
Postfach 35 31
3300 Braunschweig

Konto-Nr. 1 263 882 01
J. Kuri
Dresdner Bank Braunschweig
Bankleitzahl 270 800 60

Das Info gibt's nur im Abo. Es kostet 2,- DM pro Stück + 1,- DM Versand /
Porto pro Ausgabe (also Abo über 1 Exemplar 18,- DM, über 2 Exemplare
30,- DM, usw., jeweils für 6 Ausgaben.

Das Info erscheint normalerweise monatlich, außer in den Monaten, in denen die
Wildcat erscheint.



**SOMMER, SONNE,
MEER...**

hätte ich jetzt gern, statt hier zu sitzen und mir was aus'm Kopf zu drücken, während sich im Hintergrund schon die Druckmaschine warm läuft...

Aber was soll's - wenn ihr das lest, hab ich mich doch zusammengerissen, die Geha ist seltsamerweise immer noch nicht zusammengebrochen und das Info 23 ist glücklich geschafft. Wenn auch mit Verspätung: ganz konnten wir uns den Verlockungen des Sommers doch nicht entziehen. Und nicht nur Verspätung hat diese Ausgabe, es ist auch nicht alles drin, was wir letztes Mal versprochen hatten. Ja, ja, immer diese Ankündigungen...

Doch vorher noch eine Anmerkung zu den Bezugsbedingungen des Info: sowohl in der wildcat 45 als auch in Info 22 haben wir falsche Abopreise abgedruckt! Ein Abo über ein Heft pro Ausgabe kostet (bei 6 Nummern) natürlich 18,- Märker, nicht 13,-. (6 Ausgaben mal 2,- DM pro Heft = 12,- DM, plus 6 mal 1,- DM Porto / Versand = 18,- DM! Entsprechend dann das Abo über 2 Hefte pro Ausgabe 30,- DM bei 6 Nummern, usw.) Die GenossInnen, die jetzt zu wenig überwiesen haben, kriegen aber wie alle anderen auch ne Nachricht von uns, daß mal wieder was zu zahlen

INHALT

- Seite 5 Räte- und Linkskommunismus
Seite 21 Lotta Continua
Seite 40 Streik in der Behinderten-Fabrik
Seite 45 Personalsituation in BRD-Krankenhäusern (drei Artikel aus der FAZ)
Seite 47 Flugblatt zu Knastkundgebungen in Moabit und an der Plötze, Stellungnahme des DURCHBLICK dazu

wäre, wenn ihre Kohle aufgebraucht ist.

Zurück zum Inhalt: von den angekündigten Texten zur Debatte um revolutionäre Organisierung erscheinen in diesem Heft nur zwei: zum Räte- und Linkskommunismus und zu Lotta Continua. Den Text zu den IWW müssen wir auf's nächste Info verschieben - Berge von Material, in denen du dich allzu leicht verfranzt, sowie die Sommerpause ließen ihn nicht fertig werden.

Das Problem, unter Bergen von Material begraben zu werden, ist aber höchstens Ausdruck der Schwierigkeiten, die eine Diskussion über unsere Rolle im Klassenkampf generell mit sich bringt. In der "Gebrauchsanweisung" zum Lotta Continua - Text sind ein paar Punkte dazu ja schon angesprochen.

Ganz allgemein können wir sagen, daß eine Debatte über unsere subjektive Rolle als organisierte Revolutionäre im Klassenkampf schnell akademisch wird. Gerade die Beschäftigung mit Organisationsformen der Klasse und der Revolutionäre in der Geschichte bekommt zu leicht eine Wendung, die Erfahrungen überträgt, Modelle kopiert und aus Andeutungen, Entwicklungstendenzen gleich vorrevolutionäre Bedingungen ausliest. Schließlich dann der Verlust der theoretischen Fähigkeit zur Bestimmung des Verhältnisses von subjektiver Rolle und Klassenzusammensetzung. Andererseits geht die Kritik am Verlust dieser Fähigkeit spätestens dann, wenn sie nicht mit der Herstellung eines Verhältnisses von Theorie, Geschichte der Klassenkämpfe und aktueller Intervention verbunden wird, in die Begrifflosigkeit des autonomen Praxisverständnisses über, das action an die Stelle der Dialektik von Theorie und Praxis setzt. Natürlich wird die Debatte nur dann zu einem Ergebnis, oder besser: zu Hinweisen führen, wenn sie eben keine Debatte um Organisierung ist.

Wie bitte? Ganz einfach: es geht nicht um den Parteaufbau, wie in

vielen Zirkeln, die heute mal wieder ihre unterschiedlichsten Probleme unter dem Dach Organisationsdebatte vom Tisch wischen wollen, sondern höchstens um den Versuch, allgemeine Hinweise zur Bestimmung unserer Rolle zu finden. Unserer Rolle deswegen, weil es zwar bequem, aber nicht gerade förderlich ist, uns mit der Klasse gleichzusetzen, und weil es zwar ebenso bequem, aber höchstens die Begründung für den nächsten Flug nach Gomera sein kann, davon auszugehen, daß die Spontaneität der Klasse jedwede Organisation oder Intervention von unserer Seite aus überflüssig mache.

Aber das Aufkommen ideologischer Versatzstücke ist nicht nur das Problem dieser konkreten Diskussion um die Arbeitergeschichte der Klassenkämpfe. Es haben sich in letzter Zeit sowohl bei uns selbst wie verstärkt in der autonomen Diskussion Begriffe eingeschlichen, die selbst schon keine genaue Diskussion mehr ermöglichen, die Bestimmung von Intervention von vornherein in die Irre führen, weil sie die realen Widersprüche negieren. "Verweigerung" ist so ein schöner Begriff, ja selbst "Klasse" wurde zum feststehenden Ausdruck, hinter dem aber immer mehr verschwimmt, was eigentlich gesagt und gemeint wird. Daß die Klasse nur als "prozessierender Widerspruch", wie's mal jemand so schön formuliert hat, zu begreifen ist, geht dabei verloren, stattdessen werden statisch alle positiven Hoffnungen reinprojiziert. Was natürlich zu herben Enttäuschungen führt, wenn sich mal wieder rausstellt, daß das eben alles doch nicht so widerspruchsfrei ist, wie uns unsere eigene Orthodoxie vorgaukeln will. Die Aufhebung der Verdinglichungen unserer Diskussion wäre der andere Teil der Debatte.

Vielleicht sollte man/frau sich an diesem Punkt doch noch mal Mario Tronti in's Gedächtnis rufen. Bei allen Gefahren der Dogmatisierung und leninistischen Verfremdung, die auch in diesem Text liegen, war das Spannende doch auch, daß Tronti die Frage der Organisation erst da aufwirft, wo sich für ihn das Problem

der Widersprüchlichkeit der Klasse stellt. Die Umdrehung des Verhältnisses von Klasse und Kapital, die Zentralität der Klasse, die erst das Kapital produziert, bedeutete für ihn, daß die Klasse zwar das zentrale Moment des kapitalistischen Verhältnisses ist, aber auch, daß sie immer beides ist, Kapital und Nicht-Kapital, Aufhebung des Kapitals und Produktion von Kapital. An dem Punkt stellt sich für ihn die Frage der Organisation: wie läßt sich die Subjektivität der Klasse als Nicht-Kapital gegen ihren doppelten Charakter durchsetzen? Das Interessante sind nicht unbedingt die Antworten, die Tronti versucht zu geben, sondern eben dieser Ausgangspunkt - aus dem, was die Klasse ist, stellt sich die Frage der Organisation der Revolutionäre.

Und das gilt auch für unsere Debatte: sie bekommt nur Hand und Fuß, wenn sie verbunden wird mit einem konkreten Begriff von der Klasse, ihrer politischen Zusammensetzung, ihren Kämpfen, ihrer Widersprüchlichkeit. Also auch: mit unserer Intervention, mit unserer Bewegung innerhalb der Klasse, mit unserer Teilnahme an den spontanen Selbstorganisationen der Klasse. Und wenn die Analyse der historischen Organisationen aufbaut auf Analyse der politischen Zusammensetzung der Klasse, deren Ausdruck diese Organisationen waren und zu der sie sich (mehr oder weniger erfolgreich) in's Verhältnis setzten.

Langer Rede kurzer Sinn: alle Texte, von Lenin über RätekommunistInnen und IWW bis zu Lotta Continua, Potere Operaio und anderen, sind nicht selbst schon die Debatte. Sie können höchstens mehr oder weniger brauchbares Material für die eigentliche Diskussion liefern. Und die macht wenig Sinn, wenn sie mal wieder in den üblichen Zirkeln und Fraktionen mit ihrem Ausschließlichkeitsanspruch und dogmatischen Scheuklappen geführt wird. Die Debatte wird breit und offen sein, oder sie wird nicht sein!

In diesem Sinne - viel Spaß!

RÄTE - UND LINKSKOMMUNISMUS

EINLEITUNG

Folgende Ausarbeitung soll Grundlage für die Diskussion über die Räte- / Linkskommunisten sein. Sie schließt an die Auseinandersetzung mit dem Leninismus an und soll sich mit dieser überlappen, insofern der Linkskommunismus die Kritik des Leninismus als eine wesentliche ideologische Basis hat und - in Deutschland - Anfang des Jahrhunderts die wichtigste revolutionäre Alternative zur leninistischen Organisation ist.

Weil Räte- und Linkskommunismus nur schwer auseinanderzuhalten sind, verwende ich die beiden Begriffe synonym, wenngleich manche den Rätekommunismus als Fraktion des Linkskommunismus bezeichnen, die sich durch stärkere Gewichtung der Räte unterscheidet.

Die Ausarbeitung ist mehrfach eingegrenzt:

Geografisch: es geht nur um den Linkskommunismus in Deutschland; erstens hat er hier sein politisches Zentrum (wenngleich es Überall linkskommunistische Strömungen gab). Zweitens weil mir das Thema sonst über'n Kopf wächst. Drittens gibt es viel weniger Material über die russische "Arbeiteropposition" oder den englischen Linkskommunismus.

Zeitlich: der Aufsatz behandelt nur die Zeit bis etwa 1930. Im Mittelpunkt steht die Phase von 1918 - 1923; das war die Phase, in der sich der Linkskommunismus als wirksamer Faktor im Klassenkampf entfaltet, in der er seine stärkste Kraft entwickelt.

Inwieweit es in anderen Ländern momentan rätekommunistische Gruppen gibt, die die theoretische und praktische Tradition des historischen Linkskommunismus fortsetzen und weiterentwickeln, weiß ich leider nicht. (Für die BRD kann man sagen, daß es momentan nix mehr in dieser Richtung gibt; die Hamburger "FAU/RK" ist wohl eher ein BWK-Anhängsel. Die Freiburger "ISF", die sich als Rätekommunisten sehen, sind eher demokratische "Linkssozialisten" als in der Tradition einer KAPD oder der Spartakisten. Interessant bei den "ISF" ist allerdings, daß sie mit Teilen der linkskommunistischen Theorie deren Tendenz reproduzieren, sich nach links und nach rechts abzugrenzen, ohne eine eigene theoretische oder praktische Position zu formulieren. Eine aktuelle Bestätigung der These Cacciari's u.a., die den Linkskommunismus als nur "abstrakte Umkehrung des Leninismus" und als rein theoretische Entmystifizierung der Sozialdemokratie ohne Alternative kritisieren?

Einzelne linkskommunistische Elemente wie beispielsweise die "Basisdemokratie" tauchen bei Autonomen und Grünen auf, allerdings ohne Bewußtsein der "Tradition".

Anders als bei der Sozialdemokratie, die versucht, beispielsweise Rosa Luxemburg zu vereinnahmen, indem ihr revolutionärer Wille und ihr kon-

kreter Bezug zum Klassenkampf weggedrückt oder verfälscht wird und sie auf ihre demokratischen Aussagen reduziert wird. (Inwieweit sie daran selber schuld ist, ein 'Demokratizismus' schon in ihrer Theorie angelegt ist, ist ein wesentlicher Diskussionspunkt innerhalb des Themas).

Die Frage nach den aktuellen Bezügen des Themas 'Rätekommunismus' stellt sich noch von einer anderen Seite her:

zumindest für die BRD ist klar, daß es im Moment keine autonomen proletarischen Räte gibt, daß sich die Arbeiterklasse momentan andere Formen gibt, um den Kampf gegen die Arbeit zu führen, daß es allenfalls einen proletarischen Gebrauch der Betriebsräte gibt. Die aktuellen Betriebsräte wurzeln zwar in der Rätebewegung, insofern sie die Power der historischen Räte absorbiert haben, deren organisatorische Form fortgesetzt und gleichzeitig den antagonistischen Inhalt zerstört; sie sind aber als Instrument der kapitalistischen Organisation der Arbeit kein möglicher Bezugspunkt für eine rätekommunistische Strategie.

Die Räte waren das Produkt einer spezifischen Klassenzusammensetzung. Im Moment haben sie keine Realität in den organisatorischen Formen des ArbeiterInnenkampfes. Wie das in anderen Ländern (Polen?) aussieht, weiß ich nicht; gibt's momentan irgendwo autonome proletarische Räte oder 'räteartige' proletarische Organisationsformen?

Genausowenig wie die Frage nach einer Rätestrategie stellt sich hier im Moment die Frage der 'proletarischen Regierung' nach der Revolution, die unter Umständen die Frage des Räteystems aufwirft.

Das bedeutet, daß das Thema weniger unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Aktualität und der ganz direkten praktischen Bedeutung zu diskutieren ist, als vielmehr unter den Gesichtspunkten der Verarbeitung einer wichtigen Erfahrung des Arbeiterklassenkampfes und seiner revolutionären Organisation. Etwa im Sinn S.Bologna's, der sinngemäß meint, jede revolutionäre Organisation muß alle Stufen revolutionärer Organisation durchlaufen, alle Erfahrungen aufnehmen und gleichzeitig überwinden, um sich auf die aktuelle Klassenzusammensetzung revolutionär beziehen zu können.

Das heißt aber nicht, daß viele Erfahrungen und praktische Rangehensweisen der Linkskommunisten für unsere Praxis nicht wertvoll wären; und daß der Linkskommunismus bei aller Ambivalenz nicht sowas wie eine "Tradition" für uns wäre.

Das folgende ist leider noch keine eigene Untersuchung, sondern aus Büchern rausgezogen. Ich bin so vorgegangen:

Zuerst zur Entwicklung des Linkskommunismus, im wesentlichen aus dem Buch von H.M. Bock (siehe Bücherliste am Schluß). Dann die Zusammenfassung von S. Bologna's Räteaufsatz; dabei habe ich versucht, K.H. Roth's "Andere Arbeiterbewegung" miteinzubeziehen.

Dann eine Zusammenfassung von Gorter's "Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats", einer der wichtigsten Texte des Linkskommunismus bezüglich der Organisationsfrage.

Abschließend der Versuch, die Kontroverse zwischen Lenin und den Linkskommunisten darzustellen.

6

Am
und
fund
dopp
wir
haben
seit
fals
fent

Um
verm
und
einf
wir
des
Kna
teil
des
für
ni
bede
sche
tell
wird
gart
der
zum/
sche
auch
tro
sich
ren
Norm
könn
wer
ein
rung
der

Es
der
Jede
nur
noch
Gll

Das
ein
zel
nor
der
Gül
gef
paß
gle
abh

DIE ENTWICKLUNG DES LINKS-KOMMUNISMUS

Die 1. Phase des Linkskommunismus / -radikalismus

In den letzten beiden Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende ändert sich die Klassenzusammensetzung sprunghaft. Der Facharbeiter gewinnt an Bedeutung und wird schließlich politisch hegemonial, erobert sich eine Position, die er weit über die wilhelminische Ära raus halten kann.

1890 fällt auf seinen Druck hin das Sozialistengesetz. Der Konsolidierungsprozeß der bislang illegalen SPD beginnt. Innerhalb der SPD, die sich als reformistische Partei zunehmend in den kapitalistischen Plan integriert, entsteht eine Opposition, die eine der Wurzeln des Linksradikalismus darstellt. Der Linksradikalismus entsteht als "dialektischer Gegensatz aus dem Wachstumsprozeß der SPD selbst" (Bock). Arthur Rosenberg beschreibt die Basis des Linksradikalismus in der Klassenzusammensetzung folgendermaßen als "Utopismus": "Zum Utopismus neigen die besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten. Sie lehnen jeden irgendwie gearteten Kompromiß mit den bestehenden Zuständen ab. Sie wollen vom Parlament und den Gewerkschaften nichts wissen, weil angeblich an beiden Stätten das Proletariat nur verraten würde. Sie sind eigentlich gegen jede Führung und gegen jede Organisation, weil sie in jeglicher Bindung nur eine verräterische Tücke erblicken. Ihre Taktik ist die gewaltsame revolutionäre Aktion, ganz gleich, wie im Moment die objektiven Bedingungen und das Kräfteverhältnis sein mögen."

Die Entwicklung der Opposition innerhalb der SPD auf der Basis einer anderen Interpretation der Klassen-

zusammensetzung ist die eine Strömung des Linksradikalismus: die Anarchisten und Syndikalist, die sich klar vom Linkskommunismus unterscheiden, aber gleichwohl in der Anfangsphase eine der Wurzeln darstellen. (Sie geben übrigens unter vielen anderen auch eine Zeitschrift namens "Autonomie" raus, die in London gedruckt wird.)

1904/6 ist einer der heftigsten Kampfzyklen der internationalen Arbeiterklasse vor dem 1. Weltkrieg. In der Bewegung entwickelt sich die Massenstreik-Debatte, als Diskussion über proletarische Spontaneität, über das Verhältnis Massenautonomie - politische Führung... Innerhalb dieser Debatte entwickelt sich die zweite Strömung des "Linksradikalismus", der Linkskommunismus / Rätekommunismus, die sich wiederum in zwei Stränge gliedert: die Gruppe um Rosa Luxemburg und die "Holländer", die Gruppe um Pannekoek und Gorter.

Was sie eint, ist die Ignoranz der Partei gegenüber der Klassensubjektivität, die Kritik am Bürokratismus und Zentralismus, am in der 2. Internationale vorherrschenden Determinismus und Fatalismus.

Die Unterschiede bestehen in taktischen Fragen, wo Rosa eine Bündnispolitik gegenüber den "Gemäßigten" befürwortet, in grundsätzlichen Fragen, wo Pannekoek bezüglich dem Verhältnis Spontaneität - Organisation noch mal eine Stufe radikaler ist als Rosa.

Die 2. Phase 1914 - 1918

1914 stimmt die SPD den Kriegskrediten zu. Die Vorbereitungen zur Neuzusammensetzung der deutschen Arbeiterklasse sind gelaufen. In der Folge wird mittels Kriegswirtschaft die Arbeiterklasse in enormem Maß umgeschichtet: Millionen von Frauen werden in die Produktion integriert,

7

vordergründig um den Facharbeitermangel auszugleichen, den die militärische Mobilisierung erzeugt, die Entstehung des Massenarbeiters...

Ausgehend von den Facharbeiterschichten formiert sich der Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik der SPD. Karl Liebknecht analysiert die Klassenzusammensetzung 1917, indem er die Basis der SPD analysiert, folgendermaßen:

Erstens die besoldeten Funktionäre, die Kleingewerbetreibenden usw., "alles, was unmittelbar durch Besitz oder Bildung an die heutigen Gesellschaftszustände geknüpft ist; die Instanzen, die Bureaucratie ist ihr gegebener Repräsentant. Sie bilden die soziale Grundlage der Parteimehrheit. Zweitens: die besser situierten gelernten Arbeiter, Handwerker usw.. Ihnen ist die Größe des Risikos einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den herrschenden Klassen nicht klar; sie wollen protestieren und 'kämpfen' - und sie können sich nicht entschließen, den Rubikon zu überschreiten. Sie sind die soziale Basis für die Haltung der 'Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft'. Drittens: Die besitzlose Masse der ungelerten Arbeiter, das Proletariat im eigentlichen, im engen Sinn: Einzig diese Schicht hat am bestehenden Staat nichts zu verlieren. Diese Masse, das Proletariat vertreten wir."

1915 formieren sich um Pannekoek die "Internationalen Sozialisten Deutschlands".

1916 entsteht um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Spartakusbund.

In Bremen entstehen als linkskommunistische Gruppe die "Arbeiterpolitik", in Berlin die "Lichtstrahlen", in Hamburg um Lauffenberg und Wolffheim, einen ehemaligen IWW-Redakteur, eine linksradikale Fraktion, die sich als nicht internationalistisch versteht und sich später in eine national-bolschewistische Gruppe verwandelt.

8

Die 3. Phase 18/19 - 23

1917 setzen die ersten mächtigen Streikbewegungen ein. 1918 kommt es zur Novemberrevolution; ausgelöst durch den Spartakusaufstand im Januar 1919 entwickelt sich die Kette von Massenstreiks und bewaffneten Kämpfen weiter und bricht erst im Mai mit dem Ende der bayerischen Räterepublik wieder ab.

18/19 wandelt sich die Spartakusgruppe zur KPD (S). Sämtliche linksradikalen Organisationen haben starken Massenzulauf.

Die ISD wird zur IKD ("Internationale Kommunisten Deutschlands"). Im Gegensatz zur KPD (S) kritisieren sie die Arbeiter- und Soldatenräte, weil sie "verworren, wie die Bewegung selbst" seien.

Mit der Gründung der KPD (S) gehen die IKD in diese auf und erhalten dort die Mehrheit gegen Luxemburg und Liebknecht.

1919 beginnt die Debatte um die Legalisierung der Räte. Die linksradikale Agitation dagegen kann nicht verhindern, daß 1920 das Betriebsrätegesetz durchgeht.

1919 nach dem Tod Rosa Luxemburg's und Karl Liebknecht's übernimmt Paul Levi die Führung der KPD, die Wende beginnt. Die Linksradikalen werden gekickt und bauen in der Folge die KAPD und die AAU auf der Seite der Linkskommunisten bzw. die FAUD auf der Seite der Syndikalistinnen auf.

Die gemeinsamen programmatischen Säulen sind der Antiparlamentarismus, der Föderalismus, der Anti-Autoritarismus, die Forderung nach der Selbsttätigkeit der Massen.

Ab 1921 verliert der Linkskommunismus seinen praktischen Bezug auf die Klassenzusammensetzung. 21 bis 22 herrscht Krise. Ab 23 beginnt der Niedergang. 22 wird die KAPD aus-

der 3. Internationale geworfen, vorbereitet durch Lenin's "Linksradikalismus"-Heftchen.

Was war die konkrete Praxis der Linkskommunisten in dieser Phase gewesen?

Sie hatten wohl nicht die Stärke, eigenständig Massenaktionen "anzuschleichen". Ihre Propaganda an verschiedenen Punkten hatte aber schon eine beträchtliche Wirkung, trug dazu bei, die Massenautonomie für eine kurze Zeit zu stabilisieren.

In den bewaffneten Gruppen stellten die Linkskommunisten einen wichtigen Teil der Führer, z.B. in der Roten Ruhr Armee. Die Bildung der "Proletarischen Hundertschaften" war teilweise eine Initiative der Linkskommunisten.

In der revolutionären Periode ist der Linkskommunismus in erster Linie unter den Arbeitern des Bergbaus und denen der gerade geboomten chemischen Industrie verankert, d.h. Arbeiterschichten, wo die Gewerkschaften wenig präsent sind.

Die 4. Phase (ab 1923)

Ab Mitte 23 beginnt sich der Organisationskörper des Linkskommunismus zu zersetzen.

Die staatliche Repression beschleunigt diesen Prozess. Die Spaltung zwischen Syndikalismus und Rätekommunismus ist vollständig. Jede dieser Strömungen ist in sich mehrfach gespalten.

Organisationsfeindlichkeit entstand:

"Zeitungen soll man schaffen... Die werden bezahlt und von dem Geld gibt man eine neue Nummer raus. Wenn sie niemand lesen will, ist sie nicht mehr wert, als daß sie kriecht. Druckereien brauchen wir nicht; werden uns im Kampfe sowieso

genommen; nehmen wir uns gegebenenfalls im Kampf. Flugblätter, Betriebshetzereien machen wir selbst. Können ja lesen und schreiben. Zu Streikfonds sammeln wir nicht; streiken ohnehin ohne Unterstützung. Wenn unsere Genossen gefangen sitzen, sammeln wir; freiwillig. Wir schicken nichts an Zentralkassen. Die behalten immer den größten Teil für Gehälter von Leuten, die es nachher für ihre Aufgabe ansehen, uns über den Mund zu fahren. Brauchen wir mündliche Verständigung, rufen wir unsere Genossen zusammen, so viele oder so wenige ihrer sind. - Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht wird uns gelingen, wenn jeder von uns eine Waffe hat, sie gebrauchen kann und sie zu gebrauchen entschlossen ist.....Was im deutschen Proletariat nicht organisationsscheu ist, ist nicht revolutionär...". (Ketty Guttmann, eine Hamburger Syndikalistin)

Neben den Tendenzen, die die Organisation grundsätzlich anzweifeln wie in o.g. Zitat, gibt es auch solche, die das Auseinanderklaffen mit der Klassenzusammensetzung bemerken und daraus die Auflösung begründen.

Eine andere Tendenz ist die militaristische Lösung. Beispielhaft dafür ist Karl Plättner's "organisierter Bandenkampf". Plättner, ein Militanter der KAPD, schlug vor, die ganze Organisation zu militarisieren und auf Bandenkampf umzustellen. Die KAPD lehnt das aber ab, weil durch die von Plättner vorgeschlagene Organisationsform sämtliche politischen Entscheidungen übergehen in die Hand von militärischen Führern, was der Forderung nach politischer Selbstbestimmung der Massen, die für den Linkskommunismus essentiell ist, widerspricht. Plättner kann sich weder in der Partei noch in der Arbeiterklasse durchsetzen. Als er 1923 mit 10 anderen Genossen verurteilt wird, distanziert sich die KAPD.

9

1921 waren die Linkskommunisten drangegangen, eine linkskommunistische Internationale aufzubauen, nachdem sie ja aus der 3. Internationale rausgeflogen waren.

Diese KAI (Kommunistische Arbeiter-Internationale) ist aber kein besonders effizienter Zusammenschluß. Er veranstaltet verschiedene Kongresse, richtet ein "Internationales Informations- und Organisationsbüro" ein, versucht ohne Erfolg Organisationsgründungen in anderen Ländern anzuschließen (z.B. in Österreich), was aber nicht funktioniert.

1924 löst sich die KAI, die von Anfang an umstritten war, wieder auf.

ZUSAMMENFASSUNG VON: SERGIO BOLOGNA: ZUSAMMEN- SETZUNG DER ARBEITERKLASSE UND THEORIE DER PARTEI AN DEN ANFÄNGEN DER RÄTEBEWEGUNG

1. Struktur der Arbeitskraft und politische Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg

Vor dem 1. Weltkrieg herrscht vor allem in der Maschinenindustrie ein besonderer Typ des Facharbeiters vor: hochqualifiziert, in enger Verbindung mit den Ingenieuren arbeitend, direkt an der Modifizierung der Arbeitsvorgänge interessiert, mit direktem Anteil an der Konstruktionsstruktur des Produkts...

Die Maschinenindustrie ist noch nicht so hoch konzentriert wie der Bergbau oder die Elektro-Industrie - es dominieren Mittelbetriebe bis 5000 Beschäftigte.

Die Unternehmer führen eine paternalistische Unternehmenspolitik. Die Löhne sind relativ hoch, Arbeitszeitverkürzungen, Profitbeteiligungen... eine Art Vorwegnahme von Arbeiterforderungen, um die Mobilität der Arbeiter einzudämmen.

Aus der Gestalt dieses Facharbeiters resultiert eine materielle Vorbestimmtheit für ein politisch-organisatorisches Programm wie die Räte, dessen Inhalt in dieser Situation die Selbstverwaltung der Produktion, die Arbeiterkontrolle war. (An dieser Stelle polemisiert S.B. gegen Positionen, die "auf verschwommene und unbestimmte Weise von 'Klassenbewußtsein' als einem geistigen und kulturellen Faktum sprechen.")

Die politischen Vorstellungen des Facharbeiters fassen den Arbeiter als autonomen Produzenten und die Arbeitskraft einer Fabrik als sich selbst genügende Entität; daraus resultiert ein Mißtrauen in die "große Politik", die Ablehnung von Problemen wie das Verhältnis zwischen Organisation und Macht, zwischen Partei und Revolution.

Ein zweiter Faktor: Weil die Betriebe noch nicht taylorisiert sind, sind die Techniker noch keine Funktionsträger der Ausbeutungsorganisation, sondern sind den Arbeitern angeschlossen. Zeitweise resultiert daraus eine sehr große politische Einheit.

Die Maschinenindustrie hat eine sehr starke Dynamik aufgrund der hochentwickelten Forschungsinfrastruktur und des entwickelten bürokratischen Apparats.

Trotzdem: Verglichen mit dem Stadium, in dem sich die neuen fordistischen Industrien befinden, ist ihre Struktur veraltet. Sie ist taub gegenüber der Reorganisation des Arbeitsprozesses und gegenüber der Möglichkeit der Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Unternehmer, Techniker und Arbeiter verteidigen gemeinsam den alten Typ der Arbeitskraft.

Der Fordismus trifft den oben beschriebenen Typ des Maschinenbetriebs in seinem Herzen: der besonderen Arbeitskraft zugunsten des austauschbaren, extrem mobilen Mas-

senarbeiters. Außerdem krepelt Ford die Struktur des Lohns und den Standpunkt des Kapitalisten als auch des Arbeiters zum Lohn um. Der Lohn wird Teil des Gesamteinkommens als dynamisierender Faktor (die 'keynesianische Revolution der Einkommen').

Um die Ideen Ford's zu verallgemeinern bedurfte es der Drohung der Rätebewegung. Die Situation ist zu keinem Zeitpunkt wirklich aus sich raus revolutionär. Nur das schwächste Glied - der russische Kapitalismus - zerspringt.

Die Drohung besteht nicht in ihrer inneren 'Fortgeschrittenheit', sondern darin, daß es eine internationale Bewegung ist, die die 'fortgeschrittenen' wie auch die 'unterentwickelten' Zonen miteinbezieht. - Und darin, daß die internationale Arbeiterklasse zum ersten mal versucht, die kapitalistische Entwicklung umzukehren.

Die Klasse kämpft in drei Zyklen: 1904/6, 1911/13, 1917/20. Obwohl das Kapital sehr ungleichmäßig ist, ist das Klassenverhalten sehr homogen.

Im ersten Zyklus entstehen die Sowjets in Rußland.

In den USA entstehen die IWW als extrem moderne Organisation des Klassenkampfes; sie organisieren das Proletariat seinen inneren Merkmalen entsprechend. Sie stehen völlig außerhalb der Traditionen der 2. und 3. Internationale.

In Deutschland streiken nach den Papier- und Textilarbeitern die Bergleute. Sie sind der fortgeschrittenste Pol der Klassenzusammensetzung; sie sind die einzige Kraft, die das Klassengefüge in Bewegung versetzen kann. Obwohl sie so fortgeschritten sind, sind ihre Forderungen auf die Fabrik begrenzt, richten sich gegen einen einzelnen Kapitalisten bzw. gegen die Kapitalisten einer Branche.

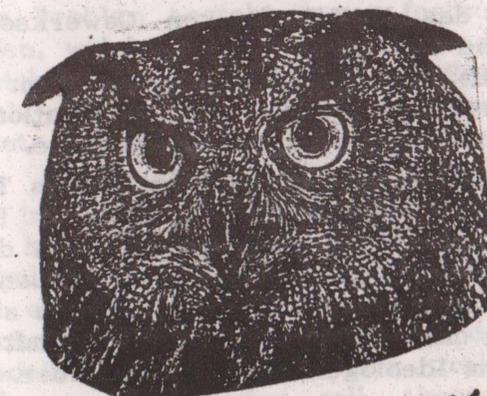
Der Kampf der Bergarbeiter greift über auf die Arbeiteraristokratien der Maschinenindustrie.

Die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen den Bergleuten und den Arbeitern der Maschinenindustrie ist, daß das jeweilige Kapital, weder die arroganten Barone der Bergwerke noch die paternalistischen, 'aufgeklärten' Unternehmer der Maschinenindustrie eine kurz- oder mittelfristige Alternative gegen den herrschenden Typus der Arbeitskraft haben. Sie wollen und müssen sie halten.

Das heißt: Die Situation trägt starke Elemente der Erstarrung in sich; allein schon das Vorhandensein der Arbeitskraft, wie sie ist, ist eine Bedrohung für das Kapital.

Die Organisation der Arbeiter, die nichts weiter macht, als die Struktur der Arbeitskraft zu reproduzieren, die die Arbeiter einfach wie sie waren in der Fabrik halten wollte, war für das deutsche Kapital eine tödliche Organisation, weil sie ihm seine Manövrierfähigkeit raubte.

Das ergibt sich, wenn man die revolutionäre Tragweite der Bewegung



an dem konkreten historischen Entwicklungsstadium der Situation mißt.

Aus diesen Gründen war die reformistische Integration des Arbeitskampfes kaum möglich. Deshalb mußte die Sozialdemokratie Noske - und damit die gewaltsame Gegenrevolution und nicht Kautsky wählen.

In den USA wird dem Kapital und der Klasse die sozialfaschistische Lösung erspart. Sie nehmen 10 Millionen Einwanderer auf und das - zusammen mit Fords genialen Ideen - ermöglicht die Restrukturierung der Produktion, die Veränderung der technischen Zusammensetzung des Kapitals.

In Deutschland stellte selbst die Sozialdemokratie - der Bernsteinsche Ökonomismus - eine objektive Gefahr dar.

Aus der Erstarrung resultiert außerdem das, was Lenin begrifflich als Imperialismus entwickelt hat.

Die theoretischen Diskussionen in der internationalen Arbeiterbewegung

Die Debatte innerhalb der Rätebewegung kreist um 4 Komplexe:

- das Verhältnis Spontanität - Leitung
- objektive Funktion und Gebrauch der Spontanität
- das Verhältnis von Taktik und Strategie
- das Verhältnis von Gewerkschaft und Partei...

Es gibt drei Hauptströmungen: die revisionistische, die revolutionäre und die anarchosyndikalistische.

S.B. schildert dann Bernsteins Thesen, beschreibt anschließend Rosa Luxemburg's Kritik daran - um dann von ihrer Kritik an Lenin zu Lenin's Thesen zu kommen. Dem ganzen stellt er dann abschließend die IWW mit ihrem Ideologen DeLeon gegenüber.

Bernstein:

Seine richtige Grundthese ist, daß der Klassenzusammenstoß im Verhältnis zwischen Lohn und Profit stattfindet. Die Stärke dieser These war, daß sie den Fatalismus der 2. Internationale überwindet und unmittelbar praktizierbare Resultate hat, weil sie eine unmittelbare Basis in der Klasse hat.

Allerdings zieht Bernstein falsche Schlußfolgerungen aus seiner richtigen Ausgangshypothese: der gewerkschaftliche Kampf - verstanden als ökonomischer Kampf - steht über dem politischen. Daraus folgt: die Gewerkschaft hat Vorrang vor der Partei. Demonstrative Massenaktionen in den Tarifaueinandersetzungen sind auszuschließen.

Der politische Kampf soll ausschließlich das Anwachsen der ökonomischen Macht der Klasse bewirken.

Die Revolutionäre entwickeln gegen den Bernsteinianismus eine neue strategische Perspektive, einen neuen Organisationstypus. Weil sie sich von der absoluten Kontrolle des Klassenkampfes durch die Gewerkschaften - wie es Bernstein fordert - trennen müssen, gehen sie von einer Überbetonung der Spontanität aus.

Dabei müssen sie sich stark vom Anarcho-Syndikalismus abgrenzen, der auch mit dem Begriff Spontanität hantiert. Und sie müssen den Begriff 'Politik' gegen die bürokratischen Formen abgrenzen.

Gegen Bernstein reden die Revolutionäre von den Arbeitern nicht mehr nur als Arbeitskraft, sondern als autonomer politischer Klasse. Das Jahr 1905 mit seinen internationalen Kämpfen ist die Bestätigung ihrer Thesen in der Praxis.

Rosa's Grundthese gegen Bernstein:

"Die Gewerkschaften (...) sind nämlich gar nicht in der Lage, eine ökonomische Angriffspolitik gegen den

Profit zu führen, weil sie nichts sind als die organisierte Defensive der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft". Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die "Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach Marktverhältnissen."

Bernstein's Ablehnung der Partei drückt sich in dem Slogan aus: "die Bewegung ist alles".

Rosa, die die SPD immer kritisiert hat, muß aufpassen, daß sie sich nicht in eine Front mit Bernstein stellt, mit seinen liquidatorischen Vorstellungen; sie muß aufpassen, daß sie den Anarchos nicht zu nahe kommt.

Sie steht der Partei gespalten gegenüber:

Einerseits sieht sie, daß die Massen die Partei überholen, andererseits erkennt sie eine gewisse organisatorische Kraft an.

Sie bleibt da einigermaßen unbestimmt, wo das Verhältnis zwischen Leitung und Spontanität klar zu machen wäre, wo die Rolle der Partei zu definieren wäre.

In ihrer Analyse der russischen Streiks ist sie begeistert über das Verhältnis von Organisation und Leitung des Kampfs: die Fabrikader haben die Leitung.

Außerdem: In ihrer Klassenanalyse arbeitet sie die gesellschaftliche Ausstrahlung der Kämpfe raus und die Wichtigkeit der politischen Einigung von Arbeiterklasse, armen Proletariern und Subproletariat.

Lenin's Grundthesen in der Organisations-Debatte der Bewegung:

- der Ökonomismus begrenzt die Revolutionäre auf eine rein agitatorische Funktion innerhalb spontaner Kämpfe;

- die bürgerlichen Intellektuellen müssen der Arbeiterklasse die natürliche Tendenz zum Trade-Unionismus entziehen und das sozialdemokrati-

sche Bewußtsein von außen in die Klasse tragen;

- der Unterschied zwischen Gewerkschaft und Partei: die Gewerkschaft ist "Widerstand gegen den einzelnen Kapitalisten" (Engels), die Partei setzt die Arbeiterklasse in's politische Verhältnis zu den anderen Klassen und zum Staat. Die Agitation findet überall statt, nicht nur in den Fabriken;

- Terrorismus ist Verzicht auf die politische Leitung der Spontanität; - Untergliederung der Aufgaben der Partei in:

* Intervention in die Arbeitskämpfe als "wesentlichste" Ebene,

* Agitation

* Spezifisch politische Ebene (???)

- der Komplex Berufsrevolutionäre/Proletarisierung der Partei. Kritik an der Vermengung von revolutionären Berufskadern, politisierten Arbeitern und Arbeitern im Kampf;

- es reicht nicht aus, die Funktion, die die kapitalistische Produktion den Individuen zuweist, umzukehren, so wie Rosa Luxemburg sich das vorstellt. Das heißt, eine organisierte Minorität im Fabrikkampf genügt nicht.

Es geht nicht drum, Lenin's Vorstellungen denen Rosa Luxemburg's unhistorisch gegenüberzustellen. Die Verschiedenheit der Modelle basiert auf unterschiedlichen Klassenkampf-situationen, auf unterschiedlichen Wachstumsstufen der Bewegung.

Das Problem besteht darin, festzustellen, welches Kampfstadium gerade erreicht ist, innerhalb welcher Entwicklung sich die Partei gerade befindet.

Die Wissenschaft von der Partei muß in ihrem theoretischen Horizont alle bisher erreichten Kampf- und Organisationsstufen einschließen, um sie erneut zu durchlaufen und gleichzeitig zu überwinden, indem die Entwicklung des Kampfs, der praktisch erzeugt werden soll, theoretisch antizipiert wird.

Rosa Luxemburg wird von den Linksozialisten in einem konterrevolutionären Sinn gebraucht, als Vertreterin eines "schlechten Demokratizismus".

Ihre wirkliche Zielsetzung war eine andere:

Sie wollte innerhalb der SPD eine revolutionäre Fraktion bilden, die eine Spaltung zwischen reinem Operarismo und einer Leitung politischen Typs verhindert. Dazu brauchte sie die Arbeiterkader der Partei, die das Netz "agierender Minderheiten" schaffen.

Die IWW (mach ich hier nur kurz, weil es dazu noch eine ausführliche Ausarbeitung geben wird)

Die USA sind geprägt von einem gigantischen Arbeitsprozeß, in dem die Klassenzusammenstöße direkt zwischen Kapital und Arbeitern, ohne die traditionelle 'Politik' im Sinn von Repräsentation und Vermittlung, ablaufen.

Weitere Stichworte, die die Situation beschreiben:

ein hohes Maß an Massenmobilität, ein hohes Niveau gesellschaftlicher Kooperation...

In dieser Situation mußte die Organisation eine Massenorganisation sein. Das Verhältnis Leitung - Spontaneität mußte umgekehrt werden, um den Gesamtarbeiter in die Lage zu versetzen, autonom zu handeln.

Die Betonung liegt auf Kampf - die Ideologie wird verachtet.

Für die Wobblies war Politik das Kräfteverhältnis zum Unternehmer. (DeLeon entfernte sich an diesem Punkt von der Organisation und suchte eine 'politische Ebene'.) "Partei - Ideologie - Utopie" - dieser Komplex der 2. Internationale ist den Wobblies fremd.

In Europa versuchen die Kommunisten, die Arbeiteraristokratie in eine revolutionäre Avantgarde zu verwandeln; in den USA versuchen die IWW, die Mobilität in den Motor der Organisation zu verwandeln.

Die Kontroverse der IWW mit den Bolschewiki liegt in der Thematik des Verhältnisses Kampf - Revolution - Macht. Die IWW diskutieren im Gegensatz zu den Bolschewiki nicht die Machtausübung, die proletarische Diktatur.

Krieg und Revolution

Der imperialistische Krieg spaltet die Arbeiterbewegung in drei Strömungen:

Die Sozialdemokraten mit ihrer Klassenkollaboration; die revolutionären Pazifisten, die auf dem Boden des Klassenwiderstands gegen den Krieg vorgehen; die Bolschewisten, die den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umwandeln wollen.

Die Sozialdemokraten installieren 1914 eine Reihe von Gremien in der Fabrik und allgemeiner, die später die Rätebewegung erdrosseln. Diese Erfahrung ist einer der Gründe, warum die Arbeiterautonomie in Form der Räte anfangs jede Delegation verweigert. Die Ideologen der USPD beispielsweise dachten in folgender Begrifflichkeit:

- Umwandlung der Autonomie in Gegenmacht,
- demokratische Organisation der Lohnarbeiter,
- Anwendung der formalen Kriterien der bürgerlichen Demokratie auf die Arbeiterautonomie,
- Sozialisierung, Selbstverwaltung, Leitung der Produktion durch die Arbeiter...

Die Rätebewegung ist keine Arbeiterkritik an den Formen der institutionellen bürgerlichen Macht, das ist allenfalls ihre Ideologie. Das revolutionäre Moment der Rätebewegung ist

die Blockierung der Entwicklung. Die Reformisten verwandeln diesen Kampf in einen Kampf um die Demokratisierung der Arbeit. Der Reformismus siegt.

Eines der wesentlichsten Probleme der Bewegung:

ihre Bewaffnung ist defensiv, reine Selbstverteidigung. Die revolutionären Organisationen stellen der Entwicklung 'von der Kanone zur Drehbank' nichts entgegen; im Gegensatz zu Rußland, wo eine Rote Armee gebildet wird.

Das Problem der Rätebewegung liegt nicht im Verhältnis Arbeiterautonomie - Partei, sondern im Verhältnis Kampf gegen die Entwicklung - Aufstand - bewaffnete Macht.

HERMANN GORTER: DIE KLASSENKAMPFORGANISATION DES PROLETARIATS

Im folgenden eine Zusammenfassung eines Aufsatzes von H. Gorter. Gorter war neben Pannekoek der Hauptvertreter der linkskommunistischen Strömung der "Holländischen Schule". Der Aufsatz ist 1921 erschienen und soll laut H.M. Bock eins der wichtigsten Dokumente der Geschichte der KAPD sein. Er soll der konkreteste Vorschlag eines linkskommunistischen Organisationsmodells sein.

Der Hintergrund ist der Streit in der KAPD bezüglich dem Verhältnis Partei - Betriebsorganisation.

In dieser Auseinandersetzung stand Gorter auf der Seite der Berliner, die eine Partei neben der Betriebsorganisation für sehr wichtig hielten. Andere (minderheitliche) Strömungen organisierten sich in der AAU/E (Einheitsorganisation) als Unionisten.



1. Die Betriebsorganisation: Die Allgemeine Arbeiterunion

Gorter beginnt mit einer Abgrenzung in zwei Richtungen:

Die größte Schwäche der Deutschen, der Weltrevolution überhaupt besteht darin, daß sie die Taktik nicht aus den jeweiligen Klassenverhältnissen der Länder: Deutschland, Westeuropa, Nordamerika... entwickelt.

Schuld daran sind in erster Linie die Bolschewiki und ihre Anhänger wie Radek und Levi, die die russische Erfahrung in anderen Ländern imitieren wollen.

Zum zweiten kritisiert er den reinen Unionismus der FAUD und anderer: "Und andere schrien gleich: Schafft nur eine Union und schafft die Parteien ab. Als ob wir in den bewußt-politisch ganz rückständigen Vereinigten Staaten lebten!... Kein Wunder, daß wir nichts als Niederlagen erleiden und daß die Weltrevolution nicht vom Flecke kommt."

Die richtige Grundthese sei, daß der Kapitalismus am Ende sei, deshalb müsse jede Taktik auf die Revolution ausgerichtet sein.

Die Unterschiede zu Rußland:

Das russische Proletariat ist sehr klein; es ist durch den Weltkrieg bewaffnet; es steht einem sehr schwachen Kapitalismus gegenüber; die besitzenden Klassen sind gespalten; die Bauern helfen im revolutionären Prozess; der Kapitalismus ist sehr jung, die Bourgeoisie ohne große Erfahrung. Der westeuropäische Kapitalismus ist in Jahrhunderten gewachsen, ist fest fundiert; das deutsche Proletariat ist sehr groß, mindestens 3/5 der Bevölkerung; die kapitalistischen Klassen sind sehr einig, der Gegner ist sehr mächtig.

Aus diesen Unterschieden heraus sind die taktischen Rangesweisen der Bolschewiki, die Partei- und Führerdiktatur und so weiter - für

die deutsche Situation vollständig abzulehnen.

Das Proletariat hier muß selbst bestimmen, sowohl vor als auch nach der Revolution. Der übergroße Teil der Arbeiter muß zu bewußten Kommunisten werden und sich organisieren.

Im Gegensatz zu Rußland, wo durch die Klassenverhältnisse eine Führerdiktatur notwendig war.

In Westeuropa und in Nordamerika wird die Revolution eine rein proletarische sein.

Welche Organisation braucht das Proletariat dazu?

Die Gewerkschaften entsprechen nicht mehr der Klassenzusammensetzung. Sie sind veraltet, können das Proletariat nicht mal mehr außerhalb der Revolution vertreten, geschweige denn in der Revolution.

"Es sind die Betriebe, nicht mehr die Berufe, die die Macht ausüben und die Macht haben in der neuen, in der jetzigen Gesellschaft. Und die also die Macht auch dem Proletariat geben, wenn es sich in ihnen organisiert."

(In diesem Zusammenhang taucht übrigens auch dieses "vertikal-horizontale Viech auf, das in der Diskussion 'Negri über Lenin' unklar blieb. Allerdings im Zusammenhang mit der Organisation des Kapitals. "Die Organisation der Stinnes etc. ist nicht mehr allein (wie Rathenau sagt) horizontal, sondern auch vertikal. Was heißt das? Man organisiert allerlei Arten von Produktionsgebieten zusammen. Man fügt Gruben, Metallwerke, Maschinenfabriken, Elektrizitätswerke, Eisenbahnen, Reedereien, Hafenanlagen zusammen. Und das macht man nicht mehr nach Berufen. Man läßt oft große Teile desselben Berufs weg, außer der Verbindung, außer Betracht. Man nimmt nur die Betriebe, die man braucht. In den Betrieben liegt jetzt die kapitalistische Kraft. (Diese Entwicklung hatte vor dem Krieg schon angefangen, ist

aber jetzt ins riesige gesteigert). Die Produktionsverhältnisse beweisen es. Besonders ist dies der Fall im bankrotten deutschen Staat, in den bankrotten Staaten überhaupt. Dort formiert das Kapital hinter dem bankrotten Staat einen neuen. In den Betrieben, in den neuen riesigen Betriebskomplexen. Darauf stützt sich das Kapital jetzt. Damit hofft es sein Leben zu retten, trotzdem sein Staat bankrott ist. Das weist schon dem Proletariat die Mittel, die es gebrauchen muß.

Aber auch die Revolution selbst lehrt es. Waren es Gewerkschafter, die kämpften? Zogen die Proletarier nach Gewerkschaften geordnet ins Gefecht? 1918, 1919, 1920 und 1921? Nein, tausendmal nein. Sie kämpften in den Betrieben und nach Betrieben geordnet. Das hat auch seine historischen, seine historisch-materialistischen Gründe:

Das Proletariat steht, arbeitet, lebt zusammen in den Betrieben. Und die Betriebe sind jetzt und hier so riesig, daß sie von selbst schon ein Armeekorps darstellen.... (in den Betrieben) ist der Proletarier Kämpfer, weil er dort Arbeiter ist... bedeutet der Proletarier selbst etwas. Dort kann er in der Debatte, im Kampfe, jeden Tag, jede Stunde tätig sein. Dort kann er, weil die Revolution von den Betrieben ausgeht, mit der Tat, mit der Waffe kämpfen... das ist der Weg zur Revolution, zum Sieg."

2. Die kommunistische politische Partei

Doch diese Betriebsorganisation genügt nicht. Es ist eine zweite Organisation nötig, die kommunistische Partei. Die Notwendigkeit der Partei ergibt sich nicht wie die der Betriebsorganisation aus der Analyse des Gegners, sondern aus der Einsicht in die Verhältnisse der Klasse selbst:

Der übergroße Teil des Proletariats kommt aus sich raus nicht zum kommunistischen Bewußtsein, was aber nötig ist für die Revolution. Er ist gefangen in seiner individuellen Situation, seiner Erziehung,...

Die Probleme einer reinen Betriebsorganisation:

- das Bedürfnis nach kleinen Verbesserungen ist so stark, daß eine reine Betriebsorganisation immer dazu neigt, für Reformen die Revolution zu verraten.

- Die BO neigt zum Individualismus, zur Verabsolutierung der Erfahrung in einem Betrieb...

- Utopismus: die Organisationen in wichtigen Betrieben, z.B. Eisenbahnen überschätzen ihre Macht...

- Große Teile des Proletariats haben zu wenig Kenntnisse über die gesamte Wirklichkeit des Kapitalismus und die Gesetze seines Funktionierens...

Durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse hat sich allerdings in der Arbeiterklasse eine Elite herausgebildet, die weiter ist als der Rest. Diese Schicht ist in der Lage, die Partei aufzubauen und den schlechten Tendenzen im Proletariat entgegenzuwirken.

(Die Partei)... "ist aber nicht, wie wir sogleich wegen des Gewichts der Sache noch einmal ausführen werden, in Westeuropa und Nordamerika die Beherrscherin, der Tyrann, der Diktator des Proletariats, wie in Rußland. Wir werden noch einmal zeigen, daß sie das aus historisch-materialistischen Gründen nicht sein kann. Man könnte höchstens sagen: Sie ist das Gehirn des Proletariats, sein Auge, sein Steuermann. Aber auch das ist nicht ganz richtig. Denn es macht die Partei zu einem Teil des Ganzen. Und das ist sie hier nicht und will sie nicht sein. Sie will hier das Ganze selbst sein, sie will hier in Westeuropa und Nordamerika das ganze Proletariat mit sich durchglühen, das Ganze sich gleich machen. Sie will hier eine Einheit werden aus

sich, der Betriebsorganisation und dem Proletariat."

Zum Abschluß der Ausführungen über die Partei rechnet er mit den Anarchisten ab und den Strömungen im Linkskommunismus, wie z.B. Otto Rühle, die die Partei verneinen. Diese lehnten die Partei ab, weil sie mit diesen Teilen des Proletariats, deren 'Rückständigkeit' die Partei erst nötig macht, identisch seien.

3. Einheit von AAU und kommunistischer Partei

Im revolutionären Prozeß konvergieren Partei und Union, d.h. ein immer größerer Teil des Proletariats organisiert sich in der Union, politisiert sich dort und wird fähig zur revolutionären Arbeit in der Partei.

"Die Union will die Partei und die Partei will die Union. Die Mitglieder der einen sind die der anderen. Beide also im innigsten Bündnis. Und beide nur ein Ziel habend: die Revolution und den Kommunismus. Und beide nur ein Mittel: die Diktatur des Proletariats, der ganzen Klasse."

LINKSKOMMUNISMUS UND LENIN

Eines der wichtigsten, wenn nicht das zentrale Thema des Linkskommunismus ist die Gegenüberstellung der Diktatur der Partei (der Führer) mit der Diktatur der Massen (des Proletariats).

Im "Linksradikalismus"-Heftchen widmet Lenin das Kapitel 5 diesem Thema:

Die Gegenüberstellung "hie Führerdiktatur - hie Masssendiktatur" legt präzise, plastisch und klar den Wesenskern des Linkskommunismus dar. "Was für ein alter, längst bekannter Plunder". Führer und Massen ließen sich nicht gegenüberstellen, weil sich die Massen in Klassen teilten und

Klassen immer ihre Führer bzw. Parteien hätten.

Der Grund für die Verwirrung der Linken läge darin, daß sie den schnellen Wechsel von Legalität zu Illegalität nicht gepackt hätten und daraus resultierende Veränderungen im Verhältnis zwischen Führung, Partei und Klasse nicht verdaut hätten. Für die 'Holländer', die das "Unglück hatten, nie in der Illegalität arbeiten zu müssen", würde dasselbe gelten; sie seien von den Deutschen angesteckt worden.

Das Thema Masse - Führer sei eine Mode; es würde nicht drüber nachgedacht, wie das eine mit dem anderen zusammenhänge. Außerdem sei es aus einem anderen Zusammenhang bekannt: Ende des 18. Jahrhunderts hat sich die Klassenzusammensetzung so verändert, daß eine Arbeiteraristokratie entstanden sei. In der 2. Internationale hat sich eine Führungsschicht rausgebildet, die die Interessen dieser Klassenschicht vertrete, sozialchauvinistisch wäre, auf der Seite der Bourgeoisie steht usw...

Diese Führer sind isoliert von der breiten Mehrheit des Proletariats. Und der Kampf gegen diese Führer ist eine Hauptaufgabe der Klasse, was jetzt auch von der 3. Internationale praktiziert würde.

Aber das wäre was anderes, als die linksradikale Masse - Führer - Thematik.

Das wirkliche Ergebnis der linksradikalen Kritik sei die Verneinung der Parteidisziplin und des Parteibegriffs und damit die Entwaffnung des Proletariats. "Das ist gleichbedeutend mit eben jener kleinbürgerlichen Zersplitterung, Unbeständigkeit und Unfähigkeit zur Konsequenz, zur Vereinigung, zu geschlossenem Vorgehen, die unweigerlich jede proletarische, revolutionäre Bewegung zugrunde richten wird, wenn man ihr die Zügel schießen läßt."

Die größte Schwierigkeit sei nicht mal die Niederwerfung der Bourgeoisie, sondern die politische Neutralisierung des Kleinbürgertums, das

permanent an der revolutionären Energie und Moral des Proletariats nagt, wenn keine gestählte Partei da ist, die die Klassenzusammensetzung versteht und sie revolutionär beeinflusst.

Aber die Kritik sei nichts neues, hätte es in Rußland schon mehrfach gegeben, der Organismus der Partei sei aber gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgegangen.

Zum Schluß bringt Lenin noch ein pragmatisches Argument:

Der Staat versucht die Partei mit Lockspitzeln zu durchsetzen. Die Partei muß sich durch die geschickte Kombination von legaler mit illegaler Arbeit dagegen schützen. Das sei auch interessant bezüglich der Weigerung der Linkskommunisten, in den reaktionären Gewerkschaften mitzuarbeiten. (??)

Negri hält (in der Zusammenfassung im Info) diese Thesen für problematisch:

Das Verhältnis zwischen revolutionärem Modell und Masseninitiative im allgemeinen sei schon aus sich raus problematisch. Das läge in der Natur der Sache. Außerdem gibt es die Schwierigkeit der besonderen russischen Situation (wahrscheinlich meint er damit die Bauernmassen).

Potenzieren würde sich die ganze Problematik des "Linksradikalismus" dadurch, daß die internationale Klassenkampfsituation stark in Bewegung sei, daß die Bolschewiki ein allgemeinverbindliches Modell vorschlugen für eine Situation, in der alles in einer ungeheuren Geschwindigkeit ablaufe. Vor allem verarbeitet das internationale Kapital die russischen Ereignisse sehr schnell und antwortet mit Umstrukturierung."

Negri kommt zu keiner Klarheit. Er laviert ein wenig rum: einerseits ist er fasziniert von der Kraft der Darstellung des Sowjetmodells, andererseits sieht er das "Ungleichgewicht zwischen der subjektiven Spannung des Modells und den neuen struktu-

rellen Bedingungen des Klassenkampfes".

An diesem Punkt ähnelt Negris Kritik der der Linkskommunisten. Auch diese sahen, daß das Modell nicht übertragbar ist.

Andererseits geht Negri von einer realen Analogie der Klassenzusammensetzungen international aus: "aus dem einfachen Grund, weil sich die subjektive Kraft der russischen Revolution in der Massenbewegung vergegenständlicht hat." Aber: der Schwachpunkt des "Linksradikalismus" liegt darin, daß er nicht in der Lage ist, die neue Klassenkampfsituation zu antizipieren. Das ist das Scheitern des "Linksradikalismus".

Im Linksradikalismus-Text stellt Lenin einen Begriff der "Autonomie des Politischen" her, indem er sich auf die "Macht tout-court", d.h. abgelöst von den übrigen Klassenbeziehungen, fixiert.

Wenn die Macht von der Analyse der politischen Klassenzusammensetzung abgetrennt wird, beginnt die Mystifikation der kapitalistischen Macht - die Organisation wird zu einem Fetisch.

Die linkskommunistische Kritik an Lenin hat drei wesentliche Elemente:

1. das Beharren auf der Besonderheit der russischen politischen Situation und der Klassenzusammensetzung. Daraus resultiert das Argument der Nichtübertragbarkeit des Lenin-Modells. Allerdings ist auch das in gewisser Weise, so wie bei Negri, nicht so absolut: sie sehen auch eine internationale Schrittmacherfunktion der russischen Revolution, als sowas wie eine "Vergegenständlichung der subjektiven Kraft der russischen Revolution in der Massenbewegung" (Negri).

2. die Rolle der Partei: Sie ist zu sehr Führerpartei, zu wenig Massenpartei. Das Rätssystem in Rußland wurde durch die Partei beseitigt.

3. die internationale Politik: Durch die politische Strategie des "Sozialismus in einem Land" und die Zwänge des kapitalistischen Weltsystems verliert die russische Revolution ihre Kraft nach innen und ihre Ausstrahlung nach außen.

Die Kritik läuft in zwei Phasen ab:

Anfangs wird das Sowjetsystem und die Politik der Bolschewiki nur sehr verhalten kritisiert. Die Linkskommunisten lassen vieles als Errungenschaft gelten; sie reiten eher auf der Nichtübertragbarkeit rum.

Später greifen sie die Sowjetunion frontal an, der Kampf gegen den Bolschewismus wird explizit Aufgabe des Proletariats.

SCHLUSS

Das Thema ist verdammt umfassend und allgemein. Von der Organisationsfrage über die Räte bis zur Einschätzung des 'realen Sozialismus' spielt da alles mit rein.

Auf der anderen Seite bin ich auch in den konkreten Fragestellungen nicht so recht schlau geworden: Sind die Linkskommunisten Ausdruck anderer Schichten der Arbeiterklasse als die Bolschewiki bzw. die zentristische Linie in der KPD? Bzw. beruhen sie auf einer anderen Wahrnehmung der Klassenzusammensetzung?

Oder sind sie nur die 'abstrakte Umkehrung des Leninismus' auf der Basis derselben Schwächen in der Interpretation der Klassenzusammensetzung?

Mit der Beantwortung bzw. Nichtbeantwortung dieser Frage steht und fällt auch das Problem mit dem 'Demokratizismus'.

wie kann das ganze debattiert werden?

Wie stellt sich der aktuelle Bezug her?

Hat die Methode MU was mit der ganzen Problematik zu tun? - MU ist eine politische Technik, die das Verhältnis Masse - Avantgarde tendenziell vereinfacht.

Dadurch, daß in der MU ein offener Kontakt zu den Massen hergestellt werden soll, der durch keine starr fixierte Zielbestimmung festgelegt ist. V. Rieser z.B. geht soweit zu sagen, daß der Erfolg Mao's darauf beruht, daß mit dem Beharren auf Untersuchung als politischer Methode zur Ausarbeitung der Strategie (und nicht als technisches Hilfsmittel) die Tendenz zur Einbahnstraße zwischen Revolutionären und proletarischen Massen aufgehoben wird, eine gegenüber dem Leninismus und seiner linkskommunistischen Opposition fortgeschrittene Synthese entsteht.

Für uns, bei unserer damaligen MU an der Klinik, stand auch eine Problematisierung des Verhältnisses Revolutionäre - Massen am Anfang. Gegen die Betriebsarbeit der DKP und des BWK und auch gegen die Scene (wo uns einzelne fragten, wieso wir kein Plenum machen und darin unsere Linie powern, so, wie das in der Scene eben läuft) haben wir MU auf einer 'demokratizistischen' Linie bestimmt.

D.h. MU nicht nur aus Gründen der Effizienz, sondern auch aus 'anti-autoritären' u.ä. Erwägungen raus. ("Die Politik nicht von außen und oben reintragen und aufzwingen"). Was natürlich mit dem Problem der Effizienz eng zusammenhängt.

Wenn von Räten, von Rosa Luxemburg, den Linkskommunisten die Rede ist, taucht der Begriff 'proletarische Demokratie' auf. Müs-

sen wir uns, wie S. Bologna das fordert, von dieser Thematik trennen oder gibt es einen revolutionären Begriff von proletarischer Demokratie oder ist 'Demokratie' nur ein formaler Begriff und verstecken sich dahinter letztendlich bürgerliche Vorstellungen?



BEBRAUCHSANWEISUNG :

Die erste Anlaufphase in der Auseinandersetzung der WILDCAT-Zusammenhänge zu den verschiedenen historischen Positionen über das dialektische Verhältnis von revolutionärer Organisierung zu den Bewegungen und Kämpfen der Klasse haben wir mit den Ausarbeitungen über Lenin's Organisationsvorschlag für eine zentralistische Kaderpartei und über die links-kommunistische Kritik dazu (Luxemburg) hinter uns gebracht.

Es ist sicherlich viel zu verfrüht, um jetzt schon eine vorläufige Bilanz zu wagen - dafür fehlt es allein schon an erste "Aha-Erlebnisse" in bezug auf unsere eigene aktuelle Situation. Im Moment sieht es bei uns eher so aus, das wir überhaupt erstmal - wie so oft - mit den wichtigsten Fragestellungen und Kriterien zu kämpfen haben, um diese Angelegenheit einigermaßen in den Griff zu kriegen. Es ist jetzt schon deutlich, das die Frage nach der Methode, mit der wir uns dem Thema annehmen, sich als der zentrale Knackpunkt erweisen wird. Um die weitere Entwicklung der 'historischen Ausarbeitungen' davor zu bewahren, als ein zweifelhaftes "intellektuelles Vergnügen" ins Bodenlose zu fallen - deren Bezug zum eigentlichen Ausgangspunkt immer abstrakter wird, nämlich unserer eigenen Organisationsdebatte - ist es jetzt nochmal wichtig, das wir uns eingehend mit der grundsätzlichen Problematik einer gewinnbringenden Untersuchungsmethode auseinandersetzen. Dieses Grundproblem hat zwei Seiten. Die eine Seite ist theoretischer Natur und war so auch eigentlich zu erwarten bzw. begebenet uns das Problem ständig in unseren Diskussionen - nämlich die Schwierigkeit, die Erfahrungen aus bestimmten Kämpfen der Klasse in irgendeinem Land zu irgendeiner Zeit mit einem anderen historischen Abschnitt von Klassenkämpfen in irgendeinem anderen Land gegenüberzustellen - mit dem Ziel, daraus allgemeinere Schlussfolgerungen für die eigene aktuelle Praxis zu ziehen. Oft sind die regionalen (historischen, politischen, materiellen) Entwicklungsfaktoren, die die Kämpfe begünstigten oder blockierten, zu unterschiedlich und ihr innerer Zusammenhang zu komplex, als das das eine konkretere Rückschlüsse auf das andere zulassen würde bzw. aus den beiden verschiedenen Kampfabschnitten gemeinsame Rückschlüsse auf die eigenen offenen Fragen möglich wären.

Nur in den Hochzeiten des internationalen Klassenkampfes lassen die verschiedenen Kämpfe einen zusammenhängenden Kampfzyklus erkennen und machen direktere Erkenntnisse (für die eigene Praxis) möglich und notwendig. Ein Beispiel dafür ist die internationale Streikwelle Anfang der 70er Jahre - vor allem im Automobil- und Stahlsektor - die das Kapital in eine weltweite strukturelle Krise der Verwertung zwang. Parallel dazu die Kämpfe in der 'gesellschaftlichen Fabrik', angeführt von den Frauen, die eine neue Dimension kapitalistischer Umstrukturierung der metropolitanen Gesellschaft (ungeheure Ausweitung des Dienstleistungssektors und ein ganzes Arsenal neuer Formen sozialstaatlicher Eingriffe) zur Folge hatten. Bei der genaueren Untersuchung dieser Beispiele werden auch zu einem gewissen Teil die inneren Zusammenhänge des gemeinsamen Kampfzyklus deutlich. Ein Beispiel: In den Kämpfen der Automobilarbeiter/innen waren die Protagonisten oft die Gleichen. In Italien die Arbeitsemigranten aus den 'unterentwickelten' Süden des Landes, in der BRD die Arbeitsemigranten aus Süd-Europa und der Türkei/Kurdistan.

Erkenntnisse von Parallelen solcher Art können in den Momenten des Kampfes von wichtiger Bedeutung sein. Dies findet aber auch sehr schnell seine Grenzen, denn andersrum werden im direkten "Vergleich BRD-Italien" die Gründe für den unterschiedlichen Verlauf der Kämpfe deutlich: das unterschiedliche Fabrikregime, die unterschiedlichen Formen des Sozialstaates, der Gewerkschaftspolitik, des allgemeinen Klassenbewußtseins usw. - alles Faktoren, die entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Kämpfe hatten.

Noch schwieriger und von seinen Ergebnissen her noch viel abstrakter wird der Versuch, die Anstrengungen italienischer Revolutionäre für den Aufbau einer kommunistischen Organisation aus den damaligen explosiven Klassenkämpfen heraus in Bezug zu setzen auf die Klassenrealität heute in der BRD und unseren Bedürfnissen nach Klärung der Organisationsfrage. Dieses Problem wird sich auch in dieser Ausarbeitung zu 'Lotta continua' widerspiegeln.

Das ganze heißt jetzt nicht, das revolutionäre Theoriebildung auf dieser Ebene nicht möglich ist. Die Ergebnisse sind aber nur sehr allgemeiner Natur und keinesfalls ein Wegweiser, noch nicht einmal der Leuchtturm am fernen Horizont - wie es uns manche Ideologen des Marxismus-Leninismus glauben machen wollen.

Dieses Problem ist aber allein durch eine noch genauere und tiefere theoretische Arbeit nicht zu bewältigen. Wir müssen uns an diesen Punkten der Debatte immer wieder ranholen, das wir den Schlüssel für den Zugang zu handfesten theoretischen Erkenntnissen nur in unseren eigenen tagtäglichen Praxis in Bezug auf die Klasse finden werden. Hier allein liegt das Terrain für eine authentische Auseinandersetzung um alle Fragen. hin-

sichtlich der revolutionären Perspektive.

Es macht keinen Sinn, das richtige Verhältnis zwischen "Revolutionärer Organisation - Avantgarde - Klasse" in Form von Laboranalysen rauskriegen zu wollen. Dieses richtige Verhältnis gibt es nicht irgendwo zu entdecken, sondern muss entwickelt werden. Dies ist nur möglich in den eigenen aktuellen Kampferfahrungen. Auch nach dem Studium von 1000 schlaun Büchern über die vorangegangenen Kämpfe werden wir nix davon wissen, welche Teile der Klasse nun tatsächlich die Protagonisten des nächsten Kampfzyklus sein werden, welche kommunistischen Massenbedürfnisse den Käfig der kapitalistischen Entwicklung zu durchbrechen versuchen, wie sich die progressivsten Teile der Klasse für diese Kämpfe organisieren wollen und welche politischen Vorschläge die revolutionären Gruppen ihnen machen sollten?

Das heißt nicht, das wir schicksalsergeben auf diese Momente des Kampfes warten müssen, um dann zuschlagen zu können - ungefähr in dem Stil eines Karlsruher Plakats vor paar Jahren: "Bereitet euch auf die spontanen Massenkämpfe der 90er Jahre vor!" Auch wenn's bestimmt nicht so gemeint war, so etwas kann leicht zu einer geschickten Variante der Rechtfertigung opportunistischer Schreibtischhocker/innen werden.

Die Frage ist vielmehr die, welche subjektive Rolle wir einnehmen wollen in Bezug auf die Entwicklung des nächsten Kampfzyklus der Klasse? Wenn nicht die Rolle von Beobachtern, Analytikern, Propheten oder Besserwissern und auch nicht als verschworene Häufchen im isolierten Kampf gegen das Kapital, dann vielleicht als ständiger Impuls innerhalb der Klasse, der darauf zielt, die verschiedenen aktuellen sozialen Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft in einen massenhaft politischen Antagonismus zu verwandeln.

Für unsere eigene Organisationsdebatte gilt, das wir uns genau diesen Hintergrund erkämpfen müssen, um uns nicht auf der Ebene von Abstraktionen zu verirren. Die "historischen Ausarbeitungen" über verschiedene revolutionäre Organismen werden auch nur so zu konkreten Ergebnissen führen.

Zum Text selber:

Das folgende Papier hat einige Mängel. Zum einen verfüge ich leider nur über eine sehr begrenzte Anzahl von LC-Texten, die sich zu dem auch nur auf die Zeit zwischen 69 - 73 beziehen. Über die Entwicklung bei LC nach 73 ist mir auch sehr wenig bekannt.

(Vielleicht können mir da einige Leute weiter helfen. Wenn ja, dann schickt mir eine Materialliste von eurem Zeug zu der Kölner Wildcat-Adresse - wenn ich was gebrauchen kann, schreib ich euch an.)

Zum anderen habe ich mich zwar bemüht, mir einen gewissen Überblick zu den damaligen Klassenkämpfen zu verschaffen, bin aber dabei auf viele Sachen gestossen, die ^{sich} nicht in meine üblichen Schubladen (ML-er, Sponti's, Guerilla, Operaisten ...) einordnen ließen. Deshalb seh ich mich z.B. auch nicht in der Lage, etwas genaeres zu den unterschiedlichen Entwicklungen von LC und Potere Operaio zu sagen.

Aus den selben Gründen ist der folgende Text auch mehr eine Darstellung von LC-Positionen als deren Ausarbeitung. Ich habe auch deshalb davor zurückgeschreckt, die inhaltlichen Positionen von LC in Kürze zusammenzufassen, weil die authentischen Texte von LC erstens nur wenigen Leuten bekannt sind zweitens auch am besten dazu geeignet sind, das Klischee einiger Genoss/inn/en über LC als Organisation des üblichen ML-Strickmusters aufzubrechen. Ausserdem sind die theoretischen Positionen von LC in einer leicht zugänglichen Art und Weise formuliert, d.h. das 10 Seiten LC-Text leichter zu bewältigen sind als eine Seite von Toni Negri.

Der Text ist aufgegliedert in einer kurzen Darstellung der Entstehung von LC, dann kommt deren Theorie und Analyse über die Kämpfe des italienischen Proletariats und am Ende eine Darstellung über die Position von LC zum inneren Zusammenhang zwischen 'Arbeiterautonomie' und Entwicklung einer revolutionären Organisation und dessen praktische Umsetzung.

I. REVOLUTIONÄRE THEORIE UND ANALYSE BEI 'LOTTA CONTINUA'

Entstehung von LC

ende der 60er Jahre vollzieht sich ein tiefer einschchnitt in die geschichte der italienischen klassengesellschaft, in dessen folge sich eine lange kette von proletarischen explosionen entwickeln sollte, die die kapitalistische herrschaft in italien bis in die grundmauern erschütterte und über jahre hinweg in eine schwere krise versetzte.

an den universitäten brodelte die unruhe der studentischen jugend, die in ihrer mehrzahl die ihr zugewiesene rolle als 'modernes managment der kapitalistischen macht' ablehnte und die stattdessen aus ihren anti-autoritären und anti-institutionellen bedürfnissen heraus eine radikale kritik an die hirachische struktur der gesellschaft und deren herrschaftsformen hervorbrachten und auf die strasse trugen.

gleichzeitig fand in den italienischen großfabriken des nordens eine verstärkte wiederaufnahme des arbeiter/innenkampfes statt (der vorrangegangene höhepunkt - 1962 - lag sechs jahre zurück). diesmal wurden die kämpfe hauptsächlich von dem aus den süden italiens zugewanderten proletariat entzündet und angeführt.

die triebfedern in den kämpfen der arbeiter/innen liegen in ihren unmittelbaren lebensbedingungen, in ihrem hass auf ein leben, das nur arbeit ist. die kämpfe entflammen zu den verschiedensten anlässen ihrer alltäglichen ausbeutung und unterdrückung, entstehen nicht nur jenseits - sondern oftmals auch direkt gegen die kontrolle der gewerkschaften. sie verlassen in ihrer spontanität und militanz alle spielregeln eines "ordentlichen" arbeitskampfes und entwickeln über ihre kampfformen, ziele und inhalte eine klassensubjektivität, die bald darauf den revolutionären kampf um die "autonomie" der klasse hervorbringt.

für einen teil der student/inn/en reift sehr schnell die erkenntnis heran, das die für die revolutionäre umwälzung aller gesellschaftlichen verhältnisse erforderliche machtfrage vor allem die sache des proletariats ist und auch nur vom proletariat gestellt und entschieden werden kann. sie drücken das bedürfnis aus, die gegenseitige abschottung der verschiedenen gesellschaftlichen schichten als die reale basis von spaltung und hirarchie zu überwinden und fangen an, dies in die tat umzusetzen. paralell dazu bewirkt bei den kämpfenden arbeiter/innen die eigene zurückweisung der traditionellen institutionen des arbeitskampfes wie z.b. die gewerkschaften eine gewisse offenheit gegenüber den student/inn/en, die sich vor den fabrikatoren mit ihnen solidarisierten.

schon im frühjahr 68 entstehen die ersten tatsächlichen kontakte zwischen beiden bewegungen, so auch in turin, die sich vor allem hier im verlauf der kämpfe bei FIAT sprunghaft entwickeln. mit den streiks im frühjahr 69 beginnen die arbeiter- und studentensammlungen in turin, an denen über zwei monate hinweg bis zur sommerpause jeden tag mehrere hundert arbeiter/innen teilnehmen.

in diesen versammlungen liegt den ganzen frühling über die reale leitung des kampfes bei FIAT. auf den versammlungen werden nachrichten aus der fabrik und über den kampf gesammelt, wird über forderungen und gerade anstehende probleme diskutiert, werden die flugblätter für den nächsten tag vorbereitet, oft werden die flugblätter auch schon direkt in den abteilungen diskutiert und entworfen.

an den versammlungen beteiligten sich auch alle gruppen und student/inn/en der revolutionären linken und machten dort ihre erfahrungen. hier bildeten sich auch zwei strömungen heraus, die sich wenig später getrennt voneinander organisierten: "potere operaio" und eben "lotta continua".

verhältnis von LC zur "revolutionären theoriebildung"

bei allen revolutionären organisationsansätzen kommt der theorie - als kollektive erkenntnis und analyse - über die klassenrealität, ihre revolutionäre dynamik und der daraus abzuleitenden erforderungen hinsichtlich der strategie, taktik, inhalte und formen der kämpfe, eine wesentliche funktion zu. deshalb ist es auch bei dieser auseinandersetzung zu LC notwendig, das wir uns am anfang mit deren theoretischen grundlagen befassen. dafür ist aber der hinweis nötig, das LC nicht zu den gruppen zählte, die ihre revolutionäre bedeutung an den besitz der theorie festmachten.

LC schreibt selber zu dieser angelegenheit:

"zu recht haben wir uns immer geweigert, unsere oder andere texte auswendig zu lernen und als hauptkriterium bei der einschätzung des kommunistischen bewusstseins eines genossen anzuwenden. diese methode der rekrutierung ist bürgerlich und autoritär. sie erstickt die kreativität der genossen, anstatt sie freizusetzen. sie verwandelt sie in mario-netten, isoliert sie von den massen und zerstört gleichzeitig den ganzen reichtum des marxismus als wissenschaftliche untersuchung der wirklichkeit. ganz bewusst haben wir bei verschiedenen gelegenheiten entschieden, unsere ganze zeit der uns als vorrangig erscheinenden praxis in den massen zu widmen. für uns stand fest, das unsere direkte teilnahme am klassenkampf die beste garantie war, untersuchungen zu führen und die wirklichkeit zu analysieren. diese wahl wurde von der praxis bestätigt. wir glauben, das wir vom klassenkampf und der uns umgebenden wirklichkeit mehr verstanden haben, als die ständig über bücher sitzenden theoretiker, aber auch mehr als viele gruppen, die nur zu den massen gehen, um die richtigkeit ihrer aussagen zu bestätigen".

schöpfte LC ihre theoriebildung also hauptsächlich aus ihren unmittelbaren kampferfahrungen. hinzu kommt, das LC viel wert darauf legte, das die klasse selbst wieder in die diskussionen einbezogen wird, die sich mit dem kampf und der kampfperspektive befassen. deshalb bemühte sich LC in ihrer theoretischen arbeit um eine einfach und präzise sprache und führte allein deswegen kritik an theoretikern wie negri, denen sie vorwarf, die 'arbeiterwissenschaft' einer handvoll intellektuellen vorbehalten zu wollen.

einige der wesentlichsten theoretischen bezugspunkte bei LC

dreh- und angelpunkt der theoretischen und praktischen arbeit von LC war das, was sie selber in den kämpfen als 'arbeiterautonomie' erfahren haben.

LC dazu:

"mit dem begriff der autonomie haben wir die fähigkeit der arbeiter bezeichnet, mit dem kampf die eigenen klasseninteressen an die erste stelle zu setzen, vor die erforderungen der produktion, die interessen der technik, die gesetze des marktes, also vor die erforderungen der kapitalistischen entwicklung. die arbeiterautonomie fällt nicht mit dem klassenkampf zusammen, der eine gewöhnliche und permanente tatsache in einer klassengesellschaft und eigentlich ihr hauptsächlichster entwicklungsfaktor ist.

.... die arbeiterautonomie hat verschiedene ebener - ein kampf, der gestern noch autonom war, weil die unternehmer nicht die richtigen werkzeuge hatten, kann es heute unter umständen nicht mehr sein, weil die unternehmer das mittel gefunden haben, ihn unwirksam, erträglich zu machen, oder gar ihn gegen jene zu wenden, die ihn führen.

.... was waren bisher die inhalte der arbeiterautonomie ?

die arbeiter haben im kampf das bewusstsein gewonnen, das sie eine klasse sind, das sie alle die selben interessen haben und das diese interessen antagonistisch und unvereinbar sind mit denen der unternehmer. aber es ist noch mehr: die arbeiter haben das bewusstsein gewonnen, das sie die grundlegende klasse sind, auf der die ganze kapitalistische gesellschaft fußt, und das von der entwicklung ihres kampfes die gesamte politische entwicklung der bürgerlichen gesellschaft abhängt.

die ablehnung der lohnarbeit

die arbeiter haben eine radikale ablehnung der lohnarbeit ausgedrückt, der arbeit unter einem unternehmer. sie haben das sowohl in den zielen ausgedrückt - der gleichheit, der ablehnung der prämien und der lohndifferenzen, den von der produktivität losgelösten lohnerhöhungen, der verkürzung der arbeitsmühe und der arbeitszeit, die sie gezwungen sind, dem unternehmer zu widmen, der verteidigung der gesundheit und der körperlichen und geistigen integrität - als auch in der form des kampfes - von den streiks ausserhalb der fabrik, die am anfang als momente der einheit der ganzen arbeiterklasse gesehen wurden, von den streiks in der fabrik, die darauf gerichtet waren, den größtmöglichen schaden für den unternehmer bei kleinstmöglichem verlust für den arbeiter zu realisieren, von den umzügen in der fabrik zur jagd auf die streikbrecher, kuppler, meister, zu dem sturm auf die ämter und der jagd auf die betriebsleiter; alles kampfformen, die geeignet sind, die hirarchie und den despotismus in der fabrik zu treffen, auf welche sich die kapitalistische produktionsweise stützt und um ein neues kräfteverhältnis zwischen arbeitsern und unternehmern herzustellen, das sich auf die einheit und das bewusstsein der massen gründet; bis zu den offenen zusammenstößen mit den streikposten und auf den strassen, um die kontinuität und die kraft des kampfes gegen jedermann zu verteidigen.

ein arbeiterstandpunkt in allen bereichen

die arbeiter haben das bewusstsein gewonnen, das sich in allen bereichen des gesellschaftslebens entgegengesetzte interessen ausdrücken und bekämpfen; die einen verfestigen die kapitalistische herrschaft, und ausbeutung, die anderen stärken den arbeiterkampf, entsprechen den bedürfnissen der massen, erweitern die front der zusammenstöße mit den unternehmern. erst jetzt beginnen sie, sich an den ersten organisierten kämpfen auf diesem erweiterten boden zu beteiligen. durch ihn ist die arbeiterautonomie der nächsten jahre bestimmt, sich auszuweiten und zu wachsen, weil der kampf in der fabrik dafür die vorbedingungen geschaffen hat.

.... die ablehnung der arbeitsteilung

in der vollständigen fremdheit der arbeiterklasse gegenüber der eigenen arbeit und dem fabriksystem, gegenüber den eigenen bedingungen in allen bereichen des gesellschaftlichen lebens, in der ablehnung der unterteilungen, mit denen die unternehmer versucht haben, sie voneinander und von den anderen kräften des proletariats zu isolieren (studenten, angestellte, das proletariat, das nicht in den fabriken arbeitet), im egalitären antrieb in allen bereichen, der die substanz der arbeiter-

demokratie ist, hat sich radikal eine vollständige ablehnung der arbeitsteilung und der sozialen schichtung, die darauf zurückzuführen ist, ausgedrückt. eine ablehnung der arbeitsteilung, die der stützpfeiler der kapitalistischen macht über die lohnarbeit ist.

wie schon weiter oben kurz erwähnt, entwickelten sich in der damaligen phase die fortgeschrittensten kämpfe der italienischen arbeiter/innen unabhängig und zum teil auch direkt gegen den einfluss der gewerkschaften. diese orientierung der kämpfe - eben die ablehnung der reformistischen vermittlung - machte auch am wesentlichsten ihre revolutionäre sprengkraft deutlich. auf diesen hintergrund bemühte sich LC auch um eine analyse des revisionismus, seiner inneren klassenstruktur und der rolle seiner gewerkschaften in der entwicklung des italienischen klassenkampfes.

"für uns ist der revisionismus eine gesellschaftliche erscheinung, die ganz präzise wurzeln in der klassenstruktur hat und nicht die einfache 'revision' der theorien der begründer des wissenschaftlichen sozialismus. der revisionismus identifiziert sich vielmehr mit dem ideologischen gebrauch des " marxismus ", d. h. mit dem rückgriff auf die theorien von marx, lenin - und mao - um die ausbeutung und die herrschaft einer klasse über die andere zu rechtfertigen und zu legitimieren.

deshalb erscheint uns die arbeit jener genossen lächerlich und vergeblich, die glauben, daß es genügen würde " auf die quellen " des marxistischen gedankenguts zurückzugreifen, um ihn zu bekämpfen. in der geschichte der arbeiterbewegung ist der revisionismus eines der bedeutendsten beispiele für die unterordnung der arbeiterautonomie unter interessen, die ihnen fremd und entgegengesetzt sind. und als solchen müssen wir ihn analysieren und bekämpfen.

der revisionismus ist die unterordnung des klassenkampfes unter die anforderungen des internationalen gleichgewichtes.

der heutige revisionismus hat seinen geschichtlichen ursprung in der unterordnung des klassenkampfes unter die interessen der sowjetunion als staat und von jalta an unter die interessen der " friedlichen koexistenz " und des gleichgewichtes der " großmächte ", d. h. letztlich unter die interessen des internationalen imperialismus und der kapitalistischen gruppen, die sich damit identifizieren. in italien - einer der staaten, in denen der revisionismus am stärksten ist und sich am tiefsten in die machtstruktur eingefügt hat - kommt diese unterordnung des proletarischen kampfes unter die interessen des großkapitals durch zwei grundlegende vermittlungen zustande: durch die von PCI unterstützte " bündnispolitik " mit dem " mittelstand " und durch die gewerkschaften.

die bündnispolitik und der italienische weg zum sozialismus

in der " bündnispolitik " drückt der italienische weg zum sozialismus die unterordnung des arbeiterkampfes unter die kooperativen interessen einer ganzen reihe gesellschaftlicher kräfte und machtstrukturen aus, die als " mittelstand " definiert werden und die de facto die organisationen der offiziellen arbeiterbewegung darstellen. die kleinen " unternehmer " d. h. die kapitalisten, lehrer, krämer und kaufleute, die genossenschaften in ihrer heutigen form als kapitalistische unternehmen, beamte und funktionäre der öffentlichen verwaltung - dieselben schichten, wenigstens zum teil, in denen die rechte immer größere zustimmung findet - bilden tatsächlich die basis der " lokalen

macht" in den "roten zonen" und das bindeglied für die progressive teilnahme des PCI an der verwaltung der macht auf allen ebene. das werkzeug dieses bündnisses zwischen der arbeiterklasse, d.h. de facto zwischen den gewerkschaftsapparat und der mittelschicht, ist der wahlapparat des PCI und dessen anwesenheit auf allen ebene in den öffentlichen ämtern. die grundlage für diese politik bildet die verteidigung der kooperativinteressen und der ökonomischen und gesellschaftlichen privilegien dieser gruppen, die ihren ursprung in der arbeitsteilung haben und eine stütze der ordnung und der kapitalistischen herrschaft über die ganze gesellschaft sind. durch diese gruppen, gerade weil sie eine grundlegende komponente der kapitalistischen ordnung und stabilität sind, ist es möglich, die arbeiterklasse und das ganze proletariat den gesamtinteressen der kapitalistischen entwicklung unterzuordnen.

die gewerkschaft als instrument der programmierung

die andere grundlegende komponente des revisionismus in italien ist die kontrolle und hegonomie über die gewerkschaftsorganisation. in der modernen kapitalistischen gesellschaft ist die gewerkschaft in keiner weise mehr eine organisation in den händen der arbeiter und kann es auch nicht sein, da sich ihre institutionellen funktionen innerhalb der bürgerlichen gesellschaft so verändert haben, das sie zu einem instrument der verwaltung für die kapitalistische macht geworden ist. die gewerkschaft ist vor allem ein kontrollinstrument zur ökonomischen programmierung der lohdynamik, d.h. zur verwirklichung der 'einkommenspolitik', sei es, das sie von den gewerkschaftsleitungen übernommen und offenkundig unterstützt wird, sei es, das sie in worten zurückgewiesen wird, aber de facto durch eine vorsichtige dosierung der verhandlungstermine und der plattformen in den betrieben verwirklicht wird (so wie man eben in italien versucht, den arbeiterkampf als stimulierendefaktor und ausgleichselement der kapitalistischen entwicklung zu benutzen). ohne gewerkschaften kann die heutige kapitalistische wirtschaft nicht funktionieren und wo sie nicht vorhanden sind - oder ihre funktion eingeschränkt ist - versuchen die fortgeschrittensten gruppen des kapitals sie einzuführen.

die gewerkschaft als instrument zur spaltung des proletariats

in zweiter linie ist die gewerkschaft ein instrument um das proletariat und die arbeiterklasse zu spalten: durch die trennung der arbeiter in verschiedene produktionssektoren, durch die trennung der verschiedenen betriebe, durch die zersplitterung der arbeiterklasse, durch die lohnvorteile, durch die trennung der arbeiter von den beamten, durch die kategorien, durch den arbeitsplatzlohn usw., durch die materiellen antriebe, die prämiën usw. all das sind elemente, deren funktion lediglich darin besteht, die arbeiterklasse der ökonomischen struktur des systems, den marktgesetzen, den anforderungen der kapitalistischen produktivität, der ordnung, der hirarchie, der kapitalistischen organisation der arbeit unterzuordnen.

schließlich ist die gewerkschaft für die arbeiter immer weniger der ort des gemeinschaftslebens. deshalb gibt es auch keinen grund mehr, um "in den gewerkschaften" zu arbeiten; im gegenteil, sie wird immer mehr zu einem bürokratischen apparat, dessen interessen immer mehr zu einem bürokratischen apparat, dessen interessen immer mehr an das schicksal der organisation gebunden ist und immer weniger an das des klassenkampfes. sie ist ein instrument zur verwaltung eines wichtigen teils der kapitalistischen macht in den öffentlichen ämtern, in den

lokalen und nationalen programmierung in der verwaltung der sozialen fürsorge (krankenkasse, pensionen usw.). dieser aspekt wird sich noch mehr verbreiten und ist eines der wichtigsten ziele der kämpfe um die 'reformen'. schließlich ist die gewerkschaft ein instrument für den sozialen aufstieg der arbeiter, der sich nicht mehr allein in den traditionellen organismen (betriebsrat) zeigt, sondern in der gründung neuer organismen (deligierte und andere räte), deren ziel unmittelbar die schaffung einer neuen schicht privilegierter arbeiter ist, die für die organisation der arbeit mitverantwortlich gemacht werden."

im juli 71 - nach den vorläufigen höhepunkten der kämpfe in den italienischen großfabriken - entwickelte LC ihr kampfprogramm "NEHMEN WIR UNS DIE STADT". es ging LC dabei um die theoretische, politisch-strategische und damit natürlich auch um die praktische ausweitung der 'arbeiter-autonomie'.

LC bezog sich damit hauptsächlich auf zwei zentrale knackpunkte für die weiterentwicklung des revolutionären prozesses in der damaligen phase des italienischen klassenkampfes. zum einen sahen sie in diesem programm die möglichkeit, die dynamik der proletarischen aneignungskämpfe - trotz des verschärften kapitalistischen gegenangriffs - weiter aufrechtzuerhalten und zum anderen schien es LC notwendig, in der nächsten phase des klassenkampfes die umfassenden gesellschaftlichen bedingungen des gesamten proletariats in den kampf mit einzubeziehen. notwendige voraussetzung für die entwicklung ihres kampfprogramms war aber eine klassenanalyse, die über die großfabriken hinaus ging und sich mit allen proletarischen schichten auseinandersetzte.

LC zu dem problem einer klassenanalyse:

"in der kapitalistischen gesellschaft gibt es nicht nur arbeiter und unternehmer. die gesellschaftsstruktur wird immer komplexer und differenzierter und in ihrem inneren wird es immer schwieriger, eine klare trennungslinie zwischen den klassen aufzufinden und zu ziehen. die art, wie die leute leben, die werte, nach denen sie sich richten, die bedürfnisse des täglichen lebens, sind immer weniger der autonome ausdrück der eigenen klassenbedingungen innerhalb der gesellschaft und immer mehr von der herrschaft der unternehmer aufgezwungen. deshalb können die gesellschaftlichen klassen und die widersprüche, die sie voneinander trennen, nicht so schlecht hin erfasst werden, sondern sie entstehen und werden erst in den augenblicken des kampfes klar."

zwei beispiele von vielen für die untersuchung von LC über die italienische klassenrealität:

"nach der fabrik ist das wohnviertel, das heißt der boden, wo die arbeiter mit ihren familien wohnen - vermischt mit den tausenden proletariern, die nicht fabrikarbeiter sind - das hauptsächlichste feld zur wiederherstellung der einheit des proletariats. über dieses feld sind die inhalte der arbeiterautonomie gegangen und haben sich verbreitet - die ziele und erfahrungen der kämpfe, daß gegen unternehmer und kapitalismus gerichtete bewusstsein - und darin hat das wohnviertel für das proletariat als vereinhilichendes element gewirkt und nicht als trennendes. aber es ist noch nicht, außer in wenigen ausnahmen, ein feld zur wiederherstellung des proletariats auf organisatorischer ebene geworden. wegen der wesentlichen heterogenität der bedingungen der proletarier die im wohnviertel leben, wegen der zerstreung, in der sich

die arbeiter vorfinden, die in der fabrik vereint sind, wegen der schwierigkeit, die feinde von den freunden zu trennen und die interessen des proletariats in jedem bereich des gesellschaftlichen lebens zu erkennen und hervorzuheben, konnte der kampf nicht entwickelt werden. das wohnviertel wirkt noch als werkzeug der trennung der proletarier. die wiederherstellung der einheit der klasse auf territorialer ebene kann nicht nur die arbeiterklasse im engeren sinne betreffen, sondern muß sich notwendig über eine wiederherstellung einer proletarischen front vollziehen, die sehr viel weiter ist und alle probleme der lebensbedingungen der ausgebeuteten einbezieht."

- "in italien gibt es mehr als 80 000 gefangene. die proletarier, die bereits im gefängnis waren oder die mehr oder weniger periodisch dort hin kommen, zählen mehr als eine halbe million; mit ihren freunden und verwandten stellen die proletarier, die von dieser gesellschaft gezwungen werden, am rande der gesetze zu leben, einen relevanten und genau bestimmten teil des proletariats. die revolution braucht auch sie um zu siegen und den kommunismus zu realisieren. das gefängnis ist das wichtigste element zur identifizierung dieses sektors des proletariats, den der bürgerliche staat an den rand der gesellschaft gedrängt hat: es soll all jenen proletariern als mahnung dienen, die ihre situation ablehnen und die aufrechterhaltung und potenziierung des repressionsapparates rechtfertigen, der in erster linie gegen die kämpfe der arbeiterklasse gerichtet ist. unter allen proletariern sind die gefangenen sicherlich der schärfsten unterdrückung ausgesetzt - das gefängnis zeichnet den menschen fürs ganze leben - aber sie sind nicht die revolutionärsten. in der arbeiterklasse verbreitet sich das kommunistische bewusstsein viel unmittelbarer und direkter als in diesem sektor des proletariats, dem die bürgerliche gesellschaft dauernd gelegenheit bietet, um sich zu verkaufen, um sich erpressungen zu unterwerfen, um individuelle lösungen zu suchen, um auf den kampf zu verzichten, um die eigenen interessen über die interessen ihrer klasse zu stellen, um schließlich andere proletarier auszubeuten, zu unterdrücken, zu hintergehen. ... man braucht nur an die gegenwärtige entwicklung denken, zum beispiel an turin, wo das ausgeschlossenein, der eigentliche ursprung jeder 'abweichenden' lebensform, immer weniger seinen grund in der familie und immer mehr auf gesellschaftlicher ebene findet. nicht der junge, der im erziehungsheim war, ist ausgeschlossen, sondern der junge eingewanderte. das heißt, das eine wesentliche veränderung im verhältnis zwischen dem proletariat und dem lumpenproletariat eingetreten ist, die in der auflösung der 'arbeiterberufsausbildung', der 'arbeiterkultur', des organischen verhältnisses der arbeiterklasse zu ihrer herkunft (stadt, land usw.) gesucht werden muß. der bandarbeiter ist auch ein lumpenproletarier - das ist unsere grundthese, daraus ist das programm 'nehmen wir uns die stadt' entstanden. die arbeit, die eine revolutionäre avantgarde unter den 'verbrechern' zu leisten hat, ist daher klar sichtbar - sie ist im prinzip der arbeit ähnlich, die in allen anderen sozialen schichten, die von einer zwiespältigen einstellung zur arbeitsteilung charakterisiert sind, geleistet werden muss. je größer die ambiguität (zweideutigkeit) ist, desto kleiner die revolutionäre perspektive."

Lotta continua hatte bei dem entwurf ihres kampfprogramms "NEHMEN WIR UNS DIE STADT" aber nicht nur die aufgabe einer erweiterten klassenanalyse zu bewältigen. viel wichtiger war für LC dabei die politische Bestimmung des dialektischen verhältnisses zwischen den klassenkämpfen in den großfabriken und den klassenkämpfen auf territorialer ebene. hier legte LC viel wert auf die feststellung, das die erweiterung des kampfterrains kein taktisch-defensives ausweichen aufgrund des festgefahrenen kräfteverhältnisses zwischen 'arbeiterautonomie' und kapitalistischen kommando in den großfabriken ist, sondern eine notwendige und dynamische weiterentwicklung der 'arbeiterautonomie', begründet aus der dialektik der vorangegangenen kampfphase. in dieser diskussion entwarfen sie auch einen äußerst qualitativen beitrug zu den beliebten "evergreen" in den debatten der operaistischen fan-gemeinde, nämlich die frage nach der arbeiterzentralität. dieser beitrug wird im folgenden in grossen auszügen dokumentiert. zudem ist dieser beitrug enorm wichtig als grundlage für das verständnis der revolutionären praxis von LC - die praxis der arbeiter/innenversammlungen, die praxis der proletarischen versammlungen, die praxis der proletarischen zentren und die praxis der nucleos, der revolutionären kerne von LC. hier drin liegt auch die grundlage für die LC-position von der notwendigkeit einer revolutionären avantgarde, die die kämpfe im sinne einer proletarischen front zusammenführt und anleitet. das es dabei nicht um elitäre bevormundung und dogmatischer besserwisserei geht, sondern um koordinierte klasseninitiative und kämpfende einheit im sinne einer stärkeren kampfkraft für die machtübernahme und emanzipation des proletariats, wird deutlich genug. über die versuche und ansätze der praktischen umsetzung dieser these - dem eigentlichen hauptthema dieser "historischen ausarbeitung" - wird sich dann der zweite teil dieser arbeit kritisch auseinandersetzen.

"der proletarische kampf, so wurde gesagt, habe einen "höhepunkt" erreicht. wenn die arbeiterautonomie die formen, in denen sie sich entwickelt hat, beibehält, droht sie an ihren eigenen errungenschaften zu ersticken. die arbeiter sind sich ihrer macht bewusst geworden, ihrer materiellen interessen, der einheit ihrer klasse. aber es ist undenkbar, das sich der arbeiterkampf in den betriebe reproduzieren kann. die unternehmer sind nicht mehr bereit, auch nur einen fingerbreit irgendwelchen materiellen forderungen nachzugeben. was das kräfteverhältnis zwischen arbeiter und unternehmern betrifft, hat der kampf der arbeiter die gegenoffensive des kapitals ausgelöst, nachdem er dessen entwicklung in krise versetzt hat. die krise, ein produkt desangriffs der arbeiter auf die produktivität der unternehmen, verkehrt sich unter unseren augen in eine initiative des kapitals., deren schwerpunkt darin besteht, die arbeiterautonomie zu brechen, um ihr das kampfgebiet in den betriebe zu entziehen, auf dem sie gewachsen ist und sich gefestigt hat.

einige genossen (potere operaio) sehen die perspektive dieser situation im direkten aufstand, der angriff der arbeiterklasse auf die produktion, sagen sie, reiche nicht mehr aus. der klassenkampf könne nur mehr auf der ebene eines direkten zusammenstosses zwischen proletariern und unternehmern vorangetrieben werden, dessen ergebnis über die staatsmacht entscheiden soll. was die arbeiterautonomie bisher errungen hat, scheint diesen genossen ein zureichendes hinterland, um das problem der machtübernahme anzugehen und die kapitalistische produktionsweise, die auf der ausbeutung der lohnarbeiter beruht, umzustürzen. der "soziale lohn" als politisches programm, das den zusammenhang zwischen "aneignung von reichum" und 'arbeit' aufbricht, ist nichts anderes, als die übersetzung dieses programms in verschwommene und unklare begriffe. wir sind damit nicht einverstanden. für uns ist die revolution ein prozess von langer dauer. wir meinen, das die massen in diesen jahren die erste phase davon durchgemacht haben, aber das bedeutet nicht, das der aufstand und die übernahme der macht heute auf der tagesordnung sind. die einheit, das bewusstsein und die macht, die das proletariat in diesen jahren erreicht hat, ist noch weit davon entfernt, eine zureichende basis dafür zu geben, das problem des bewaffneten kampfes zur zerstörung des bürgerlichen staates als ersten punkt auf die tagesordnung zu setzen....

für uns muss die politische perspektive dieser kämpfe vor allem eine progressive ausdehnung der initiative der arbeiter und des proletariats - ausgehend von den orten, an denen sich bisher seine autonomie realisiert hat - auf alle bereiche des gesellschaftlichen lebens sein, um diese in ein feld der auseinandersetzung und des klassenkampfes zu verwandeln. von dieser ebene aus ist die nächste entwicklungsstufe des klassenkampfes zu entwickeln.

was bedeutet das alles? in den betriebe - die bisher der bevorzugte bereich waren - haben die arbeiter in einigen exemplarischen fällen die initiative ergriffen. sie haben ihre klasseninteressen wahrgenommen. sie haben diese vor die erforderungen der produktion gestellt, vor den zwang der technik, vor die marktgesetze, vor die interessen der unternehmer also. aber in vielen bereichen bleibt die initiative fest in den händen der unternehmer, entweder weil das proletariat dort seine klasseninteressen noch nicht wahrgenommen hat oder aber die klasseninteressen erkannt hat - aber noch nicht imstande ist, für diese zu kämpfen, weil seine kraft nicht ausreicht, oder weil es seine eigenen widersprüche nicht lösen konnte und diese kraft und dieses bewusstsein nicht in kampf und organisation umsetzen konnte. oder aus all diesen gründen zusammen. darin besteht das größte hindernis für seine autonomie, und solange es nicht überwunden ist, wird der unternehmer seine möglichkeit, aufzuholen, behalten. er wird den bereich, in dem er entscheidet und die initiative behält, gebrauchen, um die arbeiterautonomie dort zu isolieren und zu ersticken, wo er seine verloren hat.

für jede frage gibt es zwei linien

die schule, die wohnung, die preise, die beziehung zwischen den geschlechtern, zwischen jungen und alten, zwischen den kindern und den eltern, informationsprobleme, die frage, wie man krankheiten heilt, die verwaltung und die rechtsauffassung,

die lebensweise, das zusammensein und darüber hinaus alle be-
ziehungen zwischen den verschiedenen gruppen, in die das pro-
letariat geteilt ist, das alles sind bereiche, in denen die
unternehmer noch die initiative haben, wo sie ihre lösungen
aufzwingen, die vom proletariat angenommen und oft als eigene
angesehen werden. das sind aber keine neutralen lösungen.
überall gibt es zwei linien, zwei arten, die probleme anzuge-
hen und zu lösen: eine proletarische und kommunistische oder
eine bürgerliche und revisionistische. die erste setzt die
kreativität der massen frei, macht sie zu protagonisten des
klassenkampfes; die zweite liefert sie entwaffnet dem feind
aus, dem unternehmer, und dieser schaut nicht untätig zu,
sondern benützt jede gelegenheit, um die proletarier zu be-
kämpfen, zu trennen, auszubeuten.

alle gesellschaftlichen verhältnisse sind wichtig

viele genossen sind der meinung, das diese probleme dem
klassenkampf fremd sind, oder zumindest zweitrangig gegen-
über dem bevorzugten bereich, dem des kampfes in den betrie-
ben, dem des bewaffneten kampfes in einer mehr oder minder
fernen zukunft. aber das ist falsch, weil es aus einer
schematischen intellektualistischen und ökonomischen vorstell-
ung entspringt, derzufolge der klassenkampf oder die politik
etwas vom leben getrenntes ist; falsch bezüglich einer welt,
in der die unternehmer die macht ausüben und gerade aus der
"gesellschaft", aus der art, wie sie das leben der proletarier
organisiert haben, die kräfte ziehen, mit denen sie die herr-
schaft im betrieb aufrechterhalten: mit dem staat. falsch be-
züglich des bewußtseins und des verhaltens der massen, die
ihrem gesellschaftlichem leben gleich viel (wenn nicht mehr)
gewicht beimessen, wie ihrer arbeit. sicherlich gibt es eine
art - und eine richtung - in der sich die proletarische auto-
nomie entwickelt. sie geht von dort aus, wo die ausbeutungs-
verhältnisse am direktesten und unmittelbarsten sind, sie
sammelt dort die kräfte, um den klassenkampf auf alle anderen
bereiche zu übertragen. das ist der grund, warum im klassen-
kampf der arbeitervolk die vorherrschaft und die politische
führung zusteht, da sie das direkteste und gewaltsamste ver-
hältnis zur kapitalistischen ausbeutung hat. aber das bedeutet
nicht, das alles übrige nicht wichtig und entscheidend für
die entwicklung eines revolutionären prozesses ist.

schon vor der machtübernahme müssen sich die proletarier
verändern

andere genossen meinen, das diese probleme zwar im hinblick
auf eine kommunistische gesellschaft wichtig seien, das es
aber sinnvoll sei, sie erst nach der machtübernahme anzugehen.
sie meinen, das heute jede initiative in diesem bereich in
reformismus münden müsse, d.h. in einer anderen und wenig
widersprüchlichen art die ausbeutung und den klassenkampf zu
organisieren. auch das ist falsch. eine kritik wäre berchtigt,
wenn wir glauben würden, diese probleme anzugehen, hieße gleich-
zeitig sie zu lösen, hieße lösungen anzubieten, in denen die
proletarier die befriedigung ihrer bedürfnisse finden, die die
widersprüche, in denen sie sich zur kapitalistischen gesell-
schaft befinden, abschwächen, anstatt sie zu verstärken. wenn
wir sie mit ihrer ausbeutung versöhnen wollten, das wäre refor-

mismus. wir begreifen jedoch das diese probl eme angehen heißt:
den klassenkampf auch auf diese bereiche auszudehnen, das be-
wußtsein der proletarier von ihrer eigeneninteressenlage zu
erweitern, die bürgerlichen oder individualistischen lösungen
von den proletarischen und kommunistischen zu trennen, die
autonomie der proletarier gegenüber dem unternehmer zu ver-
größern; den solange es unternehmer und ausbeuter gibt, wird
es den proletariern nie 'gut' gehen und kein kampf weder im
betrieb noch im gesellschaftlichen bereich, kann eine wesent-
liche verbesserung ihrer lage bringen, sie wird immer unge-
nügend oder bruckstückhaft bleiben.

deshalb müssen alle kämpfe an der stärke, am bewußtsein, an
der einheit, an der autonomie, die sich die proletarier käm-
pfend erobern, gemessen werden, d.h. an den schritten nach
vorn, die hin zur machtübernahme gemacht werden.

eine notwendige phase als voraussetzung für den bewaffneten
kampf

was für uns im programm "nehmen wir uns die stadt" wichtig
ist, und weshalb es die politischen perspektivendieser phase
des klassenkampfes und den anfang einer zweiten darstellt, ist,
das es die einzige richtung ist, in der die arbeitervolkonomie,
die einheit, die kraft und das politische bewußtsein wachsen
können. die unternehmer macht kann unsicher gemacht werden,
ihre fähigkeit, in unser leben einzugreifen, nimmt ab. nur
so wird es möglich sein, ein organisatorisches und politisches
hinterland zu schaffen, zu dessen verteidigung die proletarier
sich zu einem bewaffneten zusammenstoß gezwungen sehen. das
anwachsen der arbeitervolkonomie in allen gesellschaftlichen
bereichen ist eine notwendige etappe, um die bedingungen für
den bewaffneten kampf zu schaffen, das die frage der machtüber-
nahme eine grundlage erhält, von der man ausgehen kann.

die roten stützpunkte

einen "roten stützpunkt" in der kapitalistischen gesellschaft
schaffen, das kann nicht heißen - wie in china, in vietnam,
oder in vielen anderen ländern, wo die revolution gesiegt hat
oder im gange ist - territorien der militärischen kontrolle
des feindes zu entziehen, um dort den aufbau einer gegenmacht
einzuleiten. die historischen und sozialen bedingungen, unter
denen sich die revolution in europa abgespielt hat, sind andere
und ein vorgehen dieser art ist bei uns undenkbar. aber der
aufbau von "roten stützpunkten", d.h. eines politisch organi-
satorischen hinterlandes, von dem aus sich der bewaffnete kampf
entwickeln kann, ist unerlässlich für jene, die die revolution
als "volkskrieg", als prozess von langer dauer begreifen und
nicht als aufstand, der auf die krise der bürgerlichen macht
wartet, anstatt sie zu provozieren. einen "roten stützpunkt"
innerhalb der kapitalistischen gesellschaft aufbauen kann nicht
heißen, jeden eingriff der bürgerlichen macht in diesem auszu-
schalten, sondern diese eingriffe immer mehr zu beschränken,
bis die unternehmer gezwungen sind, sie nur mehr in in der
brutalen und offenen form der militärischen intervention aus-
zuüben. jede andere form politischer, ideologischer, ja sogar
ökonomischen kontrolle scheitert. von da an mündet die frage
der selbstverteidigung für die proletarier in der frage nach
der zerstörung des repressiven staatsapparates und des imperia-

lismus, der sich immer mehr in einer aufgabe verwickelt sieht, die er nicht lösen kann. dieser "rote stützpunkt", dieses hinterland des bewaffneten kampfes kann nicht die arbeiter-autonomie in den formen sein, in denen sie sich bisher entwickelt hat, so ist sie zu schwach, um den arbeitern die notwendigkeit des bewaffneten kampfes einsichtig zu machen, um sie zu verteidigen; sie ist zu schwach, um allen anschlagen zu widerstehen, die der unternehmer unter einsetzung seiner ganzen gesellschaftlichen macht gegen sie verübt, und sie ist viel zu begrenzt, verglichen mit den proletarischen kräften, die die revolution mobilisieren muß, um siegen zu können.

in den betriebe realisiert sich die einheit der arbeiterklasse der arbeiterkampf in den betriebe, der angriff auf die produktion, bleibt für uns der schwerpunkt, der bezugspunkt und die unerläßliche bedingung einer jeden weiteren entwicklung des klassenkampfes. er wird es bleiben bis zur übernahme der macht. und das aus zwei fundamentalen gründen. vor allem im betrieb realisiert sich die einheit der arbeiterklasse und werden die bedingungen einer arbeiterführung, d.h. der gesellschaftlichen kraft also, die das höchste niveau des antagonismus zur kapitalistischen organisation der gesellschaft ausdrückt - für die anderen teile des proletariats einsichtig. wenn die arbeiterklasse an boden verliert, oder sich im betrieb spalten lässt, kann sie auch in der gesellschaft nicht einig werden und sich noch viel weniger an die spitze des übrigen proletariats stellen.

der angriff auf die produktion führt die unternehmer in die krise

der kampf im betrieb, der angriff der arbeiter auf die produktion des unternehmers ist entscheidend für die fixierung des kräfteverhältnisses zwischen den klassen der ganzen gesellschaft, der kampf im betrieb blockiert die kapitalistische entwicklung, lässt die quellen der kapitalakkumulation versiegen, schränkt die handlungsfreiheit der unternehmer ein, verletzt ihre klassenherrschaft an ihrer wurzel, der ausbeutung der lohnarbeit. wenn sich ein weites feld für die proletarische initiative auf allen gebieten öffnet, dann nur, weil die unternehmer in den betriebe an boden verloren haben, und dieses feld wird solange offen bleiben, und man wird es erweitern können, solange es den unternehmern nicht gelingt, ihre herrschaft über die arbeiterklasse wiederherzustellen. deshalb gibt es wenigstens zwei fundamentale gründe dafür, warum die betriebe im mittelpunkt unserer aufmerksamkeit und unserer politischen arbeit bleiben müssen.

die arbeiterklasse und die politische führung im klassenkampf

das verhältnis zwischen betriebskampf und gesellschaftlichen kampf ist nicht nur eine frage der inhalte. es ist vor allem eine frage der protagonisten, die arbeiter sind es, die das rückenmark einer proletarischen organisation bilden, einer organisation in den stadtteilen und auf dem lande, die fähig ist, den gesellschaftlichen kampf in kontinuierlicher und nicht in episodischer form anzuführen, die ganze erfahrung und den ganzen reichtum im betrieb erkämpfter autonomie in

diesen eingehen zu lassen und die verschiedenen kämpfe untereinander zu koordinieren. mittelpunkt bleibt der betrieb, damit die kämpfe nicht isoliert voneinander stattfinden. es sind die eingewanderten arbeiter, das netz ihrer verwandtschaftsbeziehungen und ihrer freundschaften, ihre bewegung von einem ende europas zum anderen - die die mächtigste verbindung zwischen den proletarischen kämpfen herstellen, wodurch sich deren inhalte verallgemeinern. sie bilden die natürliche grundlage für die vereinheitlichung der kampfziele - die zum teil schon vollzogen ist - zwischen 'industrialisierten norden' und 'unterentwickelten süden'. in wirklichkeit war die eingewanderte arbeiterklasse in diesen jahren der ausgangspunkt des gesamten klassenkampfes. der betrieb ist das feld, auf dem ihre kraft gewachsen ist und weiter wachsen wird.

gegen den reformismus

drittens betrifft das programm "nehmen wir uns die stadt" eine frage nach unserer einstellung zur politik der reformen, und allgemeiner zum reformismus. der arbeiterkampf im betriebe ist ausschlaggebend für die festlegung des kräfteverhältnisses zwischen proletariats und unternehmern, aber er ist nicht imstande, alle ausbeutungs- und unterdrückungsverhältnisse anzugehen, auf denen die kapitalistische herrschaft beruht.

mit verschiedenen interpretationen, einmal von 'links' - wenn sie als mittel verstanden werden, um den funktionsmechanismus des bürgerlichen staates in krise zu versetzen, einmal von 'rechts' - wenn die reformen als mittel verstanden werden, um die verwaltung den bedürfnissen der massen anzupassen, hat die arbeiterbewegung oftmals eine politik der reformen nur vorgebracht, um das feld des klassenkampfes ausserhalb des betriebes und des arbeitsplatzes zu besetzen. revolutionäre und reformisten haben sich zusammengefunden, um die reformen als mittel zur mobilisierung der massen zu gebrauchen, auf agitatorische weise die einen, für politische verhandlungen die anderen. noch heute taucht dieses problem innerhalb der revolutionären italienischen linken oft sehr undurchsichtig auf. es ist eines der probleme - wie auch die haltung gegenüber den gewerkschaften, dem parlamentarismus, der notwendigkeit des bewaffneten kampfes - von denen wir meinen, das man an sie präzise richtlinien anlegen muss.

die massen kämpfen und die unternehmer entscheiden

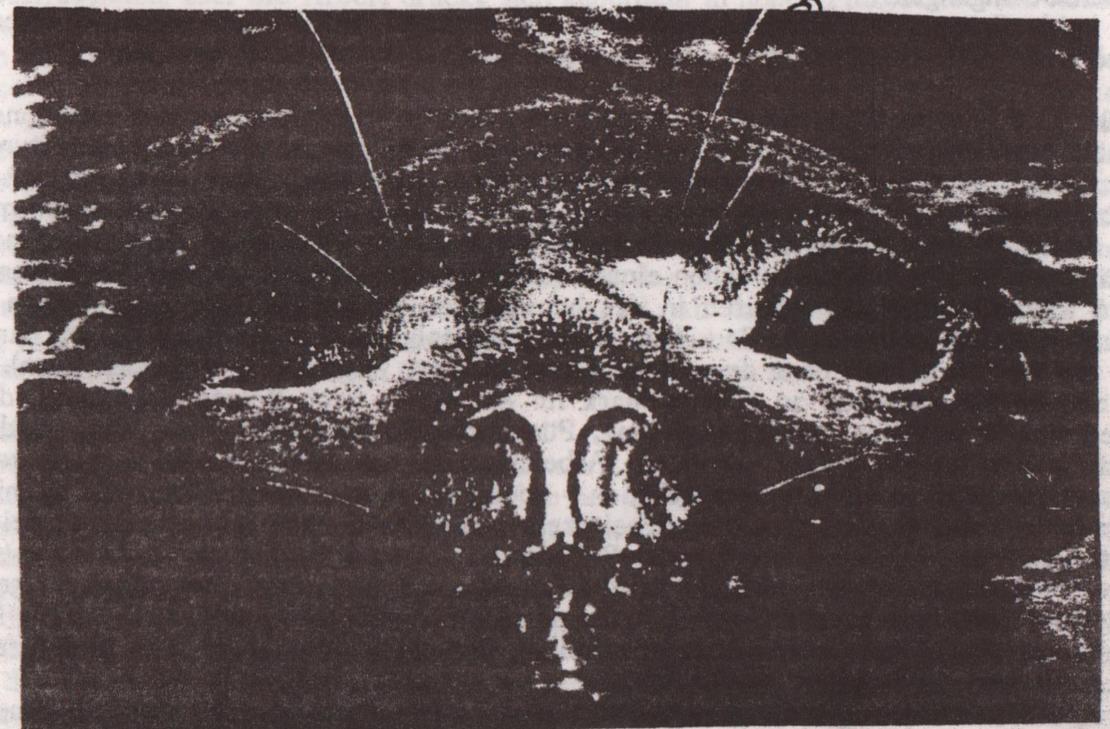
denn sowohl in ihrer 'linken', wie auch ihrer 'rechten' version hat die reformistische politik ein grundlegendes element gemeinsam. sie entzieht den massen den boden einer direkten initiative und überträgt den zusammenstoß zwischen proletariat und unternehmer auf eine ebene, auf der die massen keine möglichkeit haben, ihren kampf zu führen; sie führt also die initiative in die hand der unternehmer, der bürokraten, des staates zurück. diesen behauptungen ist entgegenzuhalten, das das ziel der reformen sich mißt an einer massenmobilisierung und daran, ob die massen direkt an der ausarbeitung des kampfes beteiligt sind, und das im gegenteil eine weitverzweigte organisation wachsen kann, die gerade dort wurzelt, wo die massen ihre täglichen widersprüche erleben. das sagen sowohl überzeugte reformisten als auch viele revolutionäre. aber dieses

konzept ist nichts anderes, als die umschreibung eines bestimmten aspektes des klassenkampfes, nach dem die initiative der massen darauf beschränkt ist, einen druck - wenn auch einen durchschlagenden - auf die institutionen der bürgerlichen macht auszuüben. die tatsache das die entscheidung über die formen, in denen die massen leben und ihre bedürfnisse befriedigen müssen, dem bürgerlichen staat zusteht, wird jedoch nicht in frage gestellt. die massen kämpfen und die unternehmer entscheiden.

der arbeiterkampf mißt sich nicht an den erreichten zielen die art, in der der arbeiterkampf - und nicht nur dieser - sich bisher entwickelt hat, beweist uns, das die dinge ganz und garnicht so stehen. die freiheit und die macht, die die arbeiter sich in den letzten jahren im den betriebe erobert haben, kommen nicht von einer neuen vertragsordnung oder von einer neuen arbeitsorganisation, zu deren annahme die unternehmer gezwungen wurden - wie uns die gewerkschaftler, reformisten und theoretiker der gegenmacht glauben machen wollen - sondern von der tatsache, das die arbeiter sich im kampf selber verändert haben. sie haben nicht nur viel klarere vorstellungen von ihren interessen und von den mechanismen, auf denen die macht der unternehmer basiert, sondern sie haben mehr mut, mehr initiative, mehr verbindungen untereinander, mehr erfahrung, mehr fähigkeit kollektiv zu handeln und zu kämpfen: das ist ihre kraft. die ziele, für die sie gekämpft haben, waren ein werkzeug für die einheit der massen, ihr politisches und organisatorisches wachsen. nicht weil der unternehmer nachgegeben hat - im übrigen hat er garnichts zugestanden. was der unternehmer konzidiert (zugestanden) hat, die veränderungen, die er im betrieb ind in der verteilung des lohnes vorgenommen hat, stellen an sich keinen sieg der arbeiterklasse dar. sie sind auf alle fälle versuche, auf einer anderen ebene die kontrolle über die arbeiter wiederherzustellen, und dazu sind sie bestimmt. alle versuche, durch ein abkommen eine neue organisation des lebens im betrieb, oder eine neue organisation der arbeit zu erzwingen, haben sich bald als waffen in der hand der unternehmer gezeigt, dazu geeignet, die kraft, die die arbeiter entwickelt haben, zu zerstören. beispielhaft ist hier das traurige ende der deligierten, oder noch schlimmer der gewerkschaftlichen plattform bei FIAT, die darauf abgestellt war, 'das auto auf eine neue art herzustellen'. das heißt nicht, das wir gegen den kampf und die mobilisierung für allgemeine ziele sind, in denen notwendig der gegner nicht ein einzelner unternehmer ist und nicht einmal alle unternehmer zusammen, sondern der staat und die bürgerliche regierung. klare und allgemeine ziele waren schon immer das bedeutendste werkzeug in der hand des proletariats zur vereinheitlichung und verallgemeinerung des kampfes. aber wir wissen, das die ziele allein nicht genügen, um die kraft oder die autonomie des proletariats anwachsen zu lassen. was in jedem kampf eine rolle spielt, ist die fähigkeit der proletarier, die eigene initiative auszuweiten, sich als handelndes subjekt zu begreifen, sich das zu nehmen, was sie wollen.

so ist auch im gesellschaftlichen bereich dies der maßstab, womit wir das wachsen der proletarischen autonomie beurteilen. die beispiele, die wir haben, sprechen für sich. die kämpfe der proletarier zur herabsetzung der mieten, zur nichtbezahlung, für hausbesetzungen und niedrigen transportkosten oder nulltarife, für die besetzung von grünen zonen, die kämpfe gegen die abgase, die schädlichkeit, den dreck ganzer wohnviertel, die kämpfe der studenten für die benutzung der schule als zentrum der organisation und der diskussion - frei zugänglich für alle proletarier - die mobilisierung der massen zur jagd auf faschisten und zur zerstörung ihrer zentren, sind - trotz ihres begrenzten und episodischen charakters - weitaus wichtigere schritte zur emanzipation des proletariats, als alle demonstrationen und organisatorischen initiativen und selbst streiks für reformen. denn wenn diese wichtig waren und wenn sie von proletariern benutzt worden sind, so liegt das sicher nicht an den zielen, sondern daran, das man in den kämpfen einig ist und das bewußtsein der eigenen kraft findet.

TEIL II ZU "LOTTA CONTINUA"
IM NÄCHSTEN INFO



Reha-Zentrum in Bad Honnef: Streik in der Behinderten-Fabrik

In der FR hatten wir vom Streik im Reha-Zentrum in Bad Honnef gelesen. Als wir am 8.7. dort hinkommen, stehen vorm Tor und in einem Campingwagen einige Leute rum. Zunächst ist kaum zu unterscheiden, wer von ihnen zum streikenden Pflegepersonal gehört, und wer zu den Bewohnern (den IndustriearbeiterInnen in diesem Heim). Die Stimmung zwischen beiden Gruppen ist offensichtlich ausgezeichnet, sie albern rum, machen ihre Witze über das Heim und die Heimleitung. Im Gespräch wird dann deutlich, wieweit der Streik in seiner Stärke vor allem auf dieser Verbindung - zwischen Pflegepersonal und "Behinderten" - beruht, und inwiefern in ihm gleichermaßen Forderungen und Ziele beider Gruppen zum Ausdruck kommen.

Zur Geschichte:

Das Reha-Zentrum wurde 1979 von der Cornelius-Helferich-Stiftung, die das ehemalige Lungensanatorium ein Jahr vorher gekauft hatte, eröffnet. Es war von Anfang an ein Langzeit-Wohnheim für Behinderte, mit Arbeits- und Beschäftigungstherapie, wobei der Anteil der Industrieproduktion ständig erweitert wurde. Die Stiftung hatte früher 9 derartige Einrichtungen in verschiedenen Bundesländern, heute noch 4. Sie scheint ein typisches Beispiel für private Elendskonzerne zu sein, die mit einer Mischung aus Immobilienmaklerei, Behindertenausbeutung, Abzocken von Sozialgeldern und eigenen Privatfirmen (die z.B. die Heime mit Sperrmüll-Möbeln beliefern und das wiederum beim Sozialhilfeträger teuer abrechnen), lukrative Geschäfte machen.

Heute leben in dem Heim 150 "Geistig Behinderte". Die meisten kommen aus den Klapsen und bleiben dann hier, nur wenige werden von hieraus in andere Heime verlegt ("Das Reha könnt ihr streichen, das ist hier ne Verwahranstalt"). Auf ca. 150 Planstellen arbeiten 180 Leute (einige in Teilzeit sowie 7 ZdLer und 7 Frauen im "Freiwilligen Sozialen Jahr", die nicht voll mitgerechnet werden. Sie müssen trotzdem 40 Stunden arbeiten, für 180 Mark monatlich bei rigider Anwesenheitskontrolle - bei 5 Minuten Verspätung 15 Minuten nacharbeiten. Die "Freiwilligkeit" scheint dadurch zustande zu kommen, daß das FSJ oder ähnlich unterbezahlte Praktika für andere Ausbildungen Voraussetzung sind.)

Arbeitsbedingungen:

Für beide Gruppen, die Bewohner-IndustriearbeiterInnen und die GesundheitsarbeiterInnen, wurden die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren massiv verschlechtert. 100 der 150 Bewohner arbeiten in den Arbeits- und Beschäftigungstherapien. Früher mußten sie dort 30 Stunden pro Woche arbeiten. Vor ca. 1 1/2 Jahren wurde begonnen, die Arbeitszeit schrittweise zu verlängern: zuerst die Mittagspause um eine halbe Stunde gekürzt, dann der freie Freitagnachmittag gestrichen, und schließlich die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verlängert - sodaß sie heute 41 Stunden pro Woche malochen müssen. Sie erledigen Industrieraufträge (meist Verpackungsarbeiten, teilweise extrem gesundheits-schädliche Stoffe, von denen schon einige ArbeiterInnen Allergien bekommen haben), machen Waldarbeiten oder arbeiten in der hauseigenen Schreinerei, Weberei und als Haus-handwerker (sie sanieren die Bausubstanz des denkmalgeschützten Anwesens, das dann später von Helferich weit über dem Einkaufspreis wieder losgeschlagen werden kann). Dafür bekommen sie zwischen 20 und 80 Mark im Monat, je nach Beurteilungsbogen, den die PflegerInnen ausfüllen müssen (Leistung, Pünktlichkeit, Sozialverhalten usw.). In der Beschäftigungstherapie gelten dieselben Arbeitszeiten, und diese Vorstufe wird von den Bewohnern genauso als Arbeit angesehen - aber sie bekommen dafür keinen Pfennig. Die Bewohner haben sich über die Arbeitszeitverlängerung massiv beschwert, bei ihren Vertrauensleuten (so eine Art "kleiner BR" der Behinderten ArbeiterInnen) war sie ständiges Thema, aber bisher ohne Erfolg. (Die GesundheitsarbeiterInnen haben an die 30 WfBs angeschrieben, um rauszukriegen, wie es dort mit Arbeitszeit und -organisation für die Behinderten aussieht - und mußten feststellen, daß sie in Honnef bei der Arbeitszeit den Rekord halten. Üblich sind 36-38 Stunden.)

Für die GesundheitsarbeiterInnen hatte die Arbeitszeitverlängerung der BewohnerInnen ebenfalls Auswirkungen. Diejenigen, die in der Arbeitstherapie arbeiten, haben weniger Zeit für Vorbereitungs- und Nebenarbeiten und für Beschäftigung mit den Bewohnern. Zum Teil wurden die Gruppen enorm vergrößert, Beschäftigung mit Einzelnen (wie es früher möglich war), ist nicht mehr drin. Außerdem schaffte der Heimleiter immer mehr Industrieraufträge ran. Die vorgegebenen Stückzahlen und Termine sind von den ArbeiterInnen alleine gar nicht zu schaffen, sodaß die GesundheitsarbeiterInnen ständig in der Produktion

mitarbeiten müssen. Und auch die übrigen PflegerInnen bekommen die Auswirkungen der Arbeitstherapie zu spüren: sie müssen in den Wohngruppen mit kaputten, unzufriedenen, wütenden ArbeiterInnen klarkommen.

Die GesundheitsarbeiterInnen sind außerdem mit einer zunehmenden Flexibilisierung ihrer Arbeitszeiten konfrontiert. Während sie früher für eine bestimmte Schicht eingestellt wurden, werden seit einigen Jahren Neueinstellungen nur noch mit Verträgen für alle Schichten gemacht, d.h. der Tagdienst muß für fehlende Nachtschichtler einspringen, z.T. bedeutet das 4 verschiedene Schichten innerhalb von einer Woche. Ein Nachtzuschlag von 1,50 konnte vom BR durchgesetzt werden, für Überstunden gibt es aber nur Freizeitausgleich, keine Zuschläge. Die normale Arbeitszeit ist in der Woche 7 1/2 Stunden plus 1/2 Stunde Pause (die es praktisch nicht gibt, weil sie in dieser Zeit den Arbeitsplatz nicht verlassen können, also ständig ansprechbar sind), am Wochenende 10 Stunden plus 1 Stunde Pause (wobei für viele noch enorme Fahrtzeiten hinzukommen, der Einzugsbereich geht vom Westerwald über die Eifel bis Köln).

Ein weiterer Kritikpunkt an den Arbeitsbedingungen ist die starke Hierarchie (Heimleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter), in der der Produktionsdruck nach unten weitergegeben wird.

Streikvorgeschichte:

Seit 1 1/2 Jahren versuchen die im Heim Beschäftigten, einen Tarifvertrag zu bekommen, um Arbeitszeiten und -inhalte festzuschreiben und zusätzliche Leistungen des BAT, die sie nicht bekommen (Zusatzurlaub, Zuschläge usw.), durchzusetzen. Durch die Festlegung der Arbeitszeiten für bestimmte Tätigkeitsbereiche (z.B. Arbeitstherapie) wollen sie auch die Arbeitszeiten für die Behinderten wieder verkürzen (Wenn das Pflege/Aufsichtspersonal weniger Stunden pro Tag in der Arbeitstherapie ist, können auch die Behinderten nicht mehr so lange arbeiten). Heimleitung und Stiftung zeigten keinerlei Bereitschaft zu Verhandlungen. Das Arbeitsklima verschlechterte sich, man traf sich immer häufiger wegen Kündigungen vorm Arbeitsgericht. Wer wegen der Arbeitsbedingungen den Mund aufmachte, wurde mit vorgeschobenen Begründungen rausgeschmissen, und systematisch flohen auch die BR-Vorsitzenden raus. In dieser Zeit wurde aber auch mit Erfolg die gewerkschaftliche Organisation betrieben. Heute sind 162 der im Heim Arbeitenden in der ÖTV. Die Unzufriedenheit über die Arbeit drückt sich außerdem in hoher Fluktuation und hohem Krankenstand aus (besonders im Sommer, bei gutem Wetter...).

Vor dem Streik wurden regelmäßige Betriebsversammlungen durchgeführt, alle zwei Monate (auch außerordentliche) und auf zwei Tage verteilt, damit alle Schichten teilnehmen konnten. Anfang des Jahres nahm die Heimleitung 20 neue BewohnerInnen auf - bei nur zwei Neueinstellungen - und kündigte weitere Verschlechterungen und Flexibilisierung der Schichtregelungen an, wie z.B. "Geteilte Dienste" (D.h.: Morgens ein paar Stunden Dienst, dann lange frei, und nachmittags/abends nochmal antreten - was bei den langen Anfahrtszeiten in diesem Fall noch eine besondere Zumutung ist.) Als sie dann auch noch weitere Neuaufnahmen ohne Neuanstellungen ankündigte, war das Maß voll ("Da fehlte sowieso nur noch der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt"). Als nach einer Demo am Sitz der Stiftung in Kassel und kürzeren Warnstreiks immer noch keine Verhandlungsbereitschaft erkennbar war, entschlossen sich die Gesundheits-ArbeiterInnen zum Streik.

Der Streik

begann nach einer Urabstimmung (95,6% dafür) am 14. Juni. Er ist schon heute mit 25 Tagen Dauer zum längsten Streik in der Geschichte der ÖTV geworden, und die ArbeiterInnen stellen sich noch auf mindestens 2-3 Wochen ein. Der Streik wird von der ÖTV voll unterstützt, der Vorstand hat Unterstützung bis zum Erfolg zugesichert, es wird Streikgeld bezahlt. Trotz der hohen Fluktuation war es kein Problem, auch Neue in den Streik einzubeziehen: die Wut war schon nach kurzer Zeit im Heim groß genug. Und auch die Hierarchie streikt (bis auf den Heimleiter) komplett mit; sie waren selbst unzufrieden mit dem Zwang, den Druck nach unten weitergeben zu müssen. Bestreikt werden Verwaltung, Arbeitstherapie, Küche und Wäscherei. Ein dicker Produktionsauftrag von Penaten (mit großer Stückzahlvorgabe und entsprechendem Streß) konnte so gekippt werden. Die jetzt notwendige Belieferung mit Essen und Wäsche von außen kostet die Stiftung pro Tag ca. 10.000 Mark.

Ausweitung des Streiks? Die Streikenden sind zu den anderen Einrichtungen der Helferich-Stiftung gefahren, um dort die KollegInnen über ihren Streik zu informieren. Die Resonanz war jedoch nicht sehr positiv. In den anderen Heimen überwog ein Klima der Angst. Kontakte zu den Betriebsräten der Firmen, die Aufträge an das Heim vergeben, hat es bisher

kaum gegeben. Sonstige Kontakte zu GesundheitsarbeiterInnen laufen nur über die ÖTV (Solidaritätsadressen usw.).

Notdienst und "Streikparadox":

Der "Notdienst", den die Streikenden organisiert haben, bedeutet für die BewohnerInnen ein wesentlich besseres Leben als vorher. Statt Maloche wird jetzt täglich ein Freizeitprogramm mit Festen, Ausflügen usw. organisiert. In den ersten Tagen des Streiks soll es zu schwierigen Situationen und Spannungen wegen des plötzlich fehlenden gewohnten Tagesablaufs gekommen sein. Aber nach kurzer Zeit waren die Bewohner (IndustriearbeiterInnen) begeistert, daß sie nicht mehr arbeiten mußten und stattdessen jede Menge unternommen wurde. Sie unterstützen den Streik offensichtlich, stehen zum Beispiel Streikposten und erzählen den Leuten die vorbeikommen, daß sie sich selbst öfters über die Arbeit beschwert haben.

Streik und "Notdienst" werden von spontan gebildeten Arbeitsgruppen organisiert. Täglich wird eine Streikzeitung für die Belegschaft herausgegeben. Die ÖTV hat ein Streiklokal in dem noblen Managerhotel "Seminaris" eingerichtet (und läßt sich das was kosten), nachdem sie aus dem billigeren Kurhotel rausgeflogen war (auf Veranlassung der örtlich dominierenden "rechten Kreise"). Dort finden jeden Abend die Besprechungen statt und wird die Zeitung kopiert. Die Streikleitung besteht nach Aussage des zuständigen Gewerkschaftssekretärs nur pro forma, im Grunde sind es die Arbeitsgruppen, die entscheiden. Er betont dies, weil sie damit auch innerhalb der Gewerkschaft zeigen würden, daß man auch anders streiken kann. Zu dieser Selbstorganisation gehört auch, daß die Belegschaft mittlerweile das Heim fast in Eigenregie führt, sie organisieren den täglichen Ablauf bis hin zu Verwaltungsarbeiten (Rechnungen für das notwendige Essen erledigen usw.). Tagelang war überhaupt keine Heimleitung anwesend, nachdem sich der Heimleiter und sein erster Ersatzmann krankgemeldet bzw. aus dem Staube gemacht hatten. Außerdem haben sich im Streik Gruppen zusammengesetzt, um neue Konzeptionen für Tagesablauf und Arbeitstherapie zu entwickeln. Sie begreifen das als Schritt zur Überwindung der Hierarchie, weil sie praktisch beweisen, daß es auch ohne geht. Der ÖTV-Sekretär bezeichnet das jedoch auch als "Streikparadox": viele arbeiten jetzt im Streik wesentlich mehr als sonst.

Inzwischen ist bereits der 40. Streiktag, und ein schnelles Ende ist immer noch nicht abzusehen. Wochenlang hatte die Stiftung keinerlei Gesprächsbereitschaft gezeigt, sondern sich dahinter zurückgezogen, daß sie gar keinen Tarifvertrag abschließen könnte, weil sie von den anderen beteiligten Institutionen bzw. Kostenträgern (Landeswohlfahrtsverband, LVR, DPWV) unter Druck gesetzt würde. Diese haben das inzwischen dementiert (was sie auch mußten, wg. "unzulässigem Eingriff in die Tarifautonomie" usw.). Nach mehreren gescheiterten Anläufen kam schließlich am 19.7. das erste Verhandlungsgespräch zwischen Stiftung und ÖTV zustande. Die Stiftung machte ein verlockendes Angebot: Bezahlung nach BAT-VKA (das ist der kommunale BAT, der materiell - Zulagen, Zusatzurlaub usw. - noch günstiger ist, als der von der ÖTV geforderte). Aber der Kernforderung nach einem Tarifvertrag wollten sie nicht nachgeben. Diese BAT-Regelungen sollten wiederum einzelvertraglich festgelegt werden. Begründung des Stiftungs-Rechtsanwalts: "Das Unternehmen muß flexibel bleiben".

Trotz dieses Angebots wurde am nächsten Tag auf der Streikversammlung von über 100 Streikenden (fast alle, da viele in Urlaub und einige krank sind) einstimmig beschlossen, den Streik bis zum Abschluß eines Tarifvertrages fortzusetzen. Außerdem wurde beschlossen, ab sofort den Druck zu verstärken. Das umfangreiche Freizeitprogramm, das langsam an die Grenze der Kräfte geht, soll reduziert bzw. mehr ins Heim verlagert werden. Stattdessen sind für die nächste Zeit mehrere Demos (z.T. gemeinsam mit den BewohnerInnen) geplant: zum Rathaus nach Honnef, zur Kreisverwaltung nach Siegburg und zum LVR nach Köln.

Ermutigt werden die Streikenden auch durch die wachsende Solidarität. Bei einer Demo in Kassel (Sitz der Stiftung) am 9.7. nahmen erstmals auch GesundheitsarbeiterInnen aus anderen Einrichtungen der Helferich-Stiftung teil. In Honnef gibt es inzwischen aus verschiedenen Bereichen der ÖTV und aus der IGM aktive Streikpostenunterstützung.

Eine erste Einschätzung:

Der Streik als solcher bringt viel in Bewegung. "Wir lernen uns jetzt besser kennen, wir arbeiten ganz anders zusammen und werden dadurch stärker." Dies scheint nicht nur für die GesundheitsarbeiterInnen zu gelten, sondern auch für das Verhältnis zwischen ihnen

und den IndustriearbeiterInnen (BewohnerInnen). "Die Stimmung hier war noch nie so gut. Wenn's nach den Bewohnern ginge, könnten wir noch zwei Jahre weiter streiken."

Das Spannende an der Situation liegt darin, daß in diesem Streik Interessen von Heiminsassen und GesundheitsarbeiterInnen zusammenkommen, für die sonst meist getrennt und gegeneinander gekämpft wird. Entweder die Insassen kämpfen (allein oder mit Unterstützung von außen) gegen Unterdrückung und Arbeitszwang, und damit auch gegen die GesundheitsarbeiterInnen, die das gegen sie durchsetzen, oder letztere kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen und weniger Arbeit für sich, was zwangsläufig oft zu Lasten der Insassen geht. In diesem Streik, der sich gegen die Stiftung und die auftraggebenden Firmen richtet, wird diese Spaltung praktisch überwunden.

Manchen der BewohnerInnen, die den Streik aktiv unterstützen, ist der Zusammenhang der Interessen klar: Wenn die GesundheitsarbeiterInnen sich durchsetzen können, wird das auch für sie in Zukunft weniger Maloche bedeuten. Andere finden den Streik gut, weil er ihre Lebensbedingungen aktuell enorm verbessert. Bei den GesundheitsarbeiterInnen ist die Herangehensweise ebenfalls unterschiedlich: einige sagen, daß es ihnen nur um die eigenen Interessen, den Tarifvertrag und die Absicherung der eigenen Arbeitsbedingungen geht, während andere den Zusammenhang zu den Interessen der BewohnerInnen und die Verbesserungen, die auch für diese dabei rauskommen würden, betonen.

Der Streik hat Raum für eine weitergehende Kritik an der Arbeitstherapie geschaffen, die sonst in derartigen Einrichtungen schwer möglich ist. Eine Diskussion darüber scheint unter den GesundheitsarbeiterInnen schon seit längerem im Gange zu sein - es gab schon früher Auseinandersetzungen um die Beurteilungsbögen (die allerdings mehr in die Richtung von Verbesserung der Bögen gingen als um Abschaffen oder zumindest Unterlaufen). Bei Gesprächen mit den Streikposten klangen aber schon Positionen an, die Arbeitstherapie bei Behinderten, die wahrscheinlich den Rest des Lebens im Heim verbringen werden, überhaupt in Frage stellen. Andererseits hat sich die Kritik erstmal an bestimmten "Übertreibungen" entzündet, was noch nicht heißt, daß das Ziel von Arbeitstherapie grundsätzlich in Frage gestellt wird. Und die Spaltung zwischen Industrie- und GesundheitsarbeiterInnen im Heim wirkt noch weiter, wenn sich letztere jetzt schon Gedanken darüber machen, wie sie die Arbeitstherapie nach Streikende neu organisieren können. In dieser Gruppe gibt es auch Positionen, die Industrieaufträge und Wirtschaftlichkeitsprinzipien nicht generell ablehnen, sondern eben nur die "Übertreibungen" der bisherigen Heimleitung, den wahnsinnigen Produktionsdruck und Arbeitsstreß.

Daß die Industrieproduktion in diesem Heim einen derartig breiten Raum eingenommen hat, ist wahrscheinlich eine der Ursachen dafür, daß hier im "Gesundheitsbereich" ein so langer Streik mit gemeinsamen Interessen möglich geworden ist. Die gemeinsamen Interessen waren ja schon vorher gegeben: Die GesundheitsarbeiterInnen mußten nicht mehr nur die Behinderten zur Arbeit antreiben, sondern selbst in der Produktion mitarbeiten ("Da hätte ich ja gleich in die Fabrik gehen können"). Und sie haben dadurch auch die Möglichkeit, einen Streik zu führen, der die Stiftung finanziell trifft, nicht aber die BewohnerInnen (im Gegenteil). In Pflegeheimen mit weniger Behindertenausbeutung, in denen die Versorgung der BewohnerInnen sowieso ständig zusammenzuberechnen droht, ist es z.B. wesentlich schwieriger, einen Arbeitskampf zu führen, der nicht "auf dem Rücken der Behinderten" ausgetragen wird (Mit diesem öffentlichkeitswirksamen Vorwurf sind aber im übrigen auch die Streikenden in Honnef konfrontiert).

Wichtiger als die offiziellen Streikziele selbst ist das, was der Streik in der alltäglichen Arbeit verändert. Die hier gemachten Erfahrungen und entwickelten Ansprüche wird eine neue Heimleitung nicht so schnell zurückschrauben können - das gilt sowohl für die GesundheitsarbeiterInnen, die sich von einer Hierarchie nicht mehr so viel sagen lassen werden. Und es ist genauso fraglich, ob sich die IndustriearbeiterInnen in Zukunft wieder solche Stückzahlen, Arbeitszeiten und -intensität aufdrücken lassen.

Gesundheitswesen — keine streikfreie Zone

Das hat es noch nicht gegeben im bundesdeutschen Gesundheitswesen: Seit zwei Wochen wird in einem Rehabilitationszentrum für geistig behinderte Erwachsene in Bad Honnef bei Bonn gestreikt. Ziel: Tarifverträge für die Mitarbeiter des Hauses durchzusetzen. Über eineinhalb Jahre hatte sich die Gewerkschaft ÖTV vergeblich bemüht, mit dem Arbeitgeber, der Cornelius-Helferich-Stiftung, Verhandlungen aufzunehmen.

Es geht dabei nicht um höhere Löhne, sondern um gesicherte Vereinbarungen nach dem Bundes-Angestellten-Tarif, entsprechend dem öffentlichen Dienst. Bisher erhalten die Mitarbeiter nur Einzelverträge, die vom Arbeitgeber einseitig verändert werden können. Es besteht kein Anspruch auf den im öffentlichen Dienst üblichen Zusatzurlaub für Wechsel- und Nachtschicht, und die Beschäftigten bleiben noch von den Entwicklungen der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen.

1978 kaufte die Cornelius-Helferich-Stiftung den Komplex des ehemaligen Lungensanatoriums „Hohenhonnef“. Damals besaß die Stiftung sechs weitere ähnliche Einrichtungen in Hessen und Niedersachsen. Wenig später widmete die Presse dem Stifter Beachtung, als er des Betruges zum Nachteil des niedersächsischen Landessozialamtes verdächtigt wurde. Der Verdacht blieb ungeklärt, der betagte Cornelius Helferich ließ sich von seinen Ärzten Verhandlungsunfähigkeit bescheinigen...

Immer wieder wurde damals auch von „menscheneunwürdigen“ Zuständen der Gebäude und sanitären Einrichtungen in einem Teil der Häuser berichtet. Das niedersächsische Sozialamt verlegte nach negativen Erfahrungen schließlich die Bewohner einer Einrichtung, das Haus wurde geschlossen.

In den vergangenen Monaten war die Stiftung nicht zu Gesprächen mit Gewerkschaft und Betriebsrat des nun streikenden Reha-Zentrums bereit — trotz Demonstration am Sitz der Stiftung in Kassel, kürzeren Arbeitsniederlegungen und der Einschaltung eines Schlichters des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Betriebsrat bezeichnet dies als „völlig unverständlich“. „Keine weiteren Kosten würden der Stiftung entstehen, wenn sie auf unsere berechtigten Forderungen eingehen würde“, sagt Karl-Heinz Rauch, Kreisgeschäftsführer der ÖTV. Diese Kosten trägt der Landschaftsverband Rheinland, dessen Mitarbeiter selbst im Genuß der angestrebten Arbeitsbedingungen sind, über den Pflegesatz für die Behinderten.

Die Auseinandersetzungen im Reha-Zentrum haben zu einer erstaunlichen Solidarisierung der 180 Beschäftigten geführt, fast 90 Prozent organisierten sich in der ÖTV. „Dies ist wohl einmalig in solch einer Einrichtung“, meint Karl-Heinz Rauch. Das unveränderte Schweigen der Verwaltung in Kassel zu den Bemühungen ihrer Beschäftigten führte am 8. und 9. Juni zu einer Urabstimmung mit klarem Ergebnis: 95,8 Prozent sprachen sich für den Durchsetzungsstreik aus. Am 14. Juni um 5.30 Uhr begann der

Arbeitskampf. Die Mitarbeiter versammelten sich mit Plakaten, Fahnen und einem Transparent vor dem Tor zum Reha-Zentrum. Dann zogen sie, Streikposten ausgenommen, hinunter zum „Kurhaus“-Restaurant als Streiklokal.

Vieles muß an diesem ersten Morgen noch geklärt werden — das Wichtigste ist eine Notdienstplanung. Die Organisation des Notdienstes hat der Betriebsrat übernommen, obwohl dies die Aufgabe der Heimleitung wäre, denn die Behinderten im Zentrum sollen unter den Streikmaßnahmen nicht leiden. Verwaltung, Küche, hauswirtschaftlicher Bereich und die Arbeitstherapien werden bestreikt, aber die Betreuung der Behinderten läuft weiter. In der ersten Streikwoche ist sie oft besser gestellt, als bei der zum Teil schwierigen Personalsituation im Normalfall.

Der Alltag der Bewohner wird zum größten Teil von „Therapien“ im weiteren Sinn bestimmt: Je nach Gesundheitszustand Einzel-, Beschäftigungs- oder Ar-



Unsoziales Klima für soziale Arbeit: Streikende Arbeitnehmer mit Behinderten vor dem Tor des Reha-Zentrums in Bad Honnef.

(FR-Bild: Schallenberg)

beitstherapie. Es gibt verschiedene Arbeitstherapien (kurz AT genannt): Waldarbeiten, Schreinerie, Weberei — und AT im Verpackungsbereich und Montagebereich, entsprechend einfachster Fließbandarbeit. Während in den kreativeren Bereichen Therapie gut vorstellbar ist, wird sie in der Produktion leicht vernachlässigt. So wurde bis zum Streik der Auftrag einer Firma, die Säuglingspflegeartikel herstellt, ausgeführt: 50 000 Stück Werbesets für Schwangere wurden im Monat zusammengestellt, das sind immerhin 2500 pro Tag. 26 Behinderte bewältigten dies in ihrer AT, die 41 Stunden in der Woche mit Pausen und Essenszeit umfaßt.

Dieser Auftrag, seit fast einem Jahr durchgeführt, bedeutet eine enorme Belastung für Patienten und Betreuer, wie

mehrere Mitarbeiter bestätigten. Die Situation verschlechterte sich zunehmend, weil die Zahl der Betreuer sank; eine Tendenz, die allgemein im Haus festzustellen ist.

„Der Auftrag ist für uns einfach eine Nummer zu groß“, hört man im Gespräch, „aber er bringt viel Geld für die Einrichtung!“ Die Betreuer arbeiten oft nicht mehr pädagogisch/therapeutisch, sondern sind mit Organisation, Nachschub und Endkontrolle der Produktion beschäftigt. Emotionale Zuwendung, intensive Aufmerksamkeit und die Klärung von Problemen des Behinderten bleiben so oft auf der Strecke. Viele Mitarbeiter sind daher höchst unzufrieden mit den Bedingungen ihrer Arbeit.

Der Leiter des Hauses sieht keine Überforderung in den Arbeitstherapien — er hält die Arbeit insgesamt für therapeutisch: Sozialverhalten werde eingeübt, zum Beispiel „einfach still sitzen bleiben“, Geduld, Konzentration und manuelle Fähigkeiten würden geschult. Ziel der Arbeitstherapien ist laut Leiter Martin: „Dem Behinderten eine Arbeitshaltung beizubringen.“ Die Mitarbeiter des Hauses stimmen den positiven Aspekten der Arbeitstherapie zu, aber: „Dafür brauchen wir keine 41-Stunden-Woche und bestimmt nicht den Druck einer Stückzahlvorgabe!“

Der Auftrag der Pflegemittelfirma wurde bei Bekanntwerden des Streiks samt der notwendigen Maschinen zurückgezogen. Dies scheint außer der Leitung niemand zu bedauern.

Ein Ende des Streiks ist nicht in Sicht, denn auch ein Termin am 21. Juni zur Aufnahme von Vorverhandlungen wurde vom geschäftsführenden Assistenten der Helferich-Stiftung abgesagt. Statt zu verhandeln, versuchte die Stiftung zunächst juristisch gegen den Streik vorzugehen. Sie wollte eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht in Siegburg erreichen — mit der Begründung, durch den Streik sei die Gesundheit der Patienten gefährdet. Doch das Gericht wies den Antrag ab und stellte fest, daß die Notdienstvereinbarungen der Konfliktparteien die notwendige Mindestversorgung sicherstellen. Diese Aussage hatte nicht nur die ÖTV, sondern auch der Heimleiter in einer eidesstattlichen Versicherung gemacht.

Auch der ÖTV-Gewerkschaftstag in Hamburg hat sich mit dem Arbeitskampf in Bad Honnef beschäftigt, handelt es sich doch um eine ungewohnte Auseinandersetzung. Die Delegierten nahmen eine Entschließung an, in der es heißt: „Dieser Streik zeigt, daß es möglich ist, selbst in einem sensiblen Bereich wie dem Sozial- und Gesundheitswesen einen unbefristeten Streik zu führen, ohne die Gesundheit der Behinderten/Patienten zu gefährden.“

„Etwa eine Million Arbeitnehmer arbeiten in der Bundesrepublik unter vergleichbar ungünstigen Arbeitsbedingungen“, schätzt Karl-Heinz Rauch. Die Dauer des Arbeitskampfes in Bad Honnef ist noch nicht abzusehen, eine weitere Eskalation möglich.

PETER SCHALLENBERG

Im hektischen Klinik-Alltag bleibt für geduldiges Zuhören kaum Zeit

Personalnot in deutschen Krankenhäusern / Von Antonia von Alten

FAZ
30/7/88

FRANKFURT, 29. Juli. „Schwester Anna ist noch bis September bei uns auf der Station. Dann bekommt sie ein Baby.“ Stationschwester Theresa wiegt nachdenklich den Kopf. „Dann sind wir wieder so weit wie vor drei Monaten. Gerade das Sommerloch war gefüllt.“ Acht Planstellen für Krankenpfleger und -schwestern gibt es für die Station 3 „Inneres“ der Klinik in R. Im Augenblick sind sie alle besetzt. Aber das ist eine Ausnahme. Schwester Anna wird mindestens ein Jahr aussetzen, Schwester Mathilde, die erst seit drei Monaten als Ersatz für eine andere junge Schwester, die nach dem Erziehungsurlaub nicht wieder arbeiten wollte, auf der Station mithilft, spielt mit dem Gedanken, den Krankenpflegerberuf aufzugeben und eine Ausbildung in der Datenverarbeitung zu beginnen.

Auf der chirurgischen Station sind von acht nur sechs Planstellen besetzt. Für die Schwestern und Pfleger bedeutet das Überstunden. „Meistens weiß ich nicht, wann ich nach Hause komme“, erzählt Schwester Renate. „Im letzten Moment muß noch eine Laboruntersuchung gemacht werden oder ein neuer Patient wird eingeliefert.“ Zwanzig Überstunden pro Woche sind die Regel, freie Samstage und Sonntage eine Seltenheit. „Wir arbeiten oft mehrere Wochenenden hintereinander, und die freien Tage kann man nicht nehmen, weil zu wenig Schwestern da sind.“

Vor allem die Kliniken in deutschen Großstädten klagen seit ungefähr drei Jahren über Personalnotstand. Stellen können nicht besetzt werden, weil sich nicht genügend Schwestern und Pfleger bewerben. Von Jahr zu Jahr verschärft sich die Situation. Während es vor ein paar Jahren noch Wartelisten von bis zu drei Jahren an Krankenpflegeschulen gab, bleiben heute Ausbildungsplätze frei. In Fachzeitschriften werben die Schulen mit großen Anzeigen um die jetzt ins Berufsleben tretenden schwachen Jahrgänge, ohne Erfolg. In der Krankenpflegeschule des Stadtkrankenhauses Höchst sind in der letzten Ausbildungsklasse nur 19 von 25 Plätzen besetzt. In anderen Großstadtkrankenhäusern sieht es ähnlich aus.

Die Gründe für das zunehmende Desinteresse an Pflegeberufen sind vielfältig. Der Schichtdienst von sechs Uhr morgens bis 13.30 Uhr, von 13 Uhr bis 20.30 Uhr oder von 20 Uhr durch die Nacht bis 6 Uhr wirkt nicht anziehend auf die jungen Berufsanfänger. Dazu kommt, daß auch der Verdienst diesen Nachteil nicht aufwiegt. 2380 Mark brutto — etwa 1400 Mark netto — bekommt eine 20 Jahre alte Schwester. „Da ist es in Frankfurt schwierig, sich eine Wohnung und vielleicht noch ein Auto zu leisten“, beklagt sich eine Schwester. „Meine Freundinnen in anderen Berufen verdienen wesentlich besser.“

Zudem haben die Krankenschwestern kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Weiterbildung gibt es an den Krankenhäusern nur in ganz geringem Umfang. „Nach der Grundausbildung war bei uns die Ausbildung zu Ende“, erzählt eine Stationschwester. „Die Weiterbildung mußte ich selbst bezahlen.“ Drei Monate unbezahlten Urlaub mußte sie nehmen, 2500 Mark Schulgeld für die Fortbildung zur Stationschwester bezahlen.

„Meine Kolleginnen haben sich nicht gerade gefreut. Denn sie mußten meine Arbeit mit übernehmen.“ Von denen, die sich von Schichtdienst und schlechtem Verdienst nicht abschrecken lassen und die Ausbildung zur Krankenschwester antreten, hören viele kurz nach der Ausbildung auf und wandern in verlockendere Berufe ab. Vor zwanzig Jahren war die durchschnittliche Arbeitsdauer einer examinierten Krankenschwester drei bis vier Jahre, heute hören viele schon nach zwei Jahren auf. „So habe ich mir das Pflegen nicht vorgestellt“, sagt eine „ehemalige“ Schwester, die heute eine Heilpraktiker-Ausbildung macht. „Ich bin den ganzen Tag nur herumgerannt, habe Scheine ausgefüllt und Leute gewaschen.“ Gerade nach einer anspruchsvollen Ausbildung ist der Klinik-Alltag enttäuschend für die jungen Männer und Frauen. Vieles, was die Schwestern heute leisten — zum Beispiel Betten machen oder Essen bringen — könnte auch von angelegenen Kräften gemacht werden.

Immer wieder wird gefordert, die Aufgaben der Pflegeschwestern neu zu definieren. „Das Berufsbild der Krankenschwester muß attraktiver werden“, fordert der Leiter des Pflegedienstes des Stadtkrankenhauses in Höchst, Tschierschke. Klare gesetzliche Grundlagen seien nötig, es gäbe zu viele Grauzonen.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich an den Kliniken viel verändert. Die Patienten bleiben immer kürzer in der Klinik. Ein Blinddarm-Operierter, der früher 14 Tage im Krankenhaus verbracht hat, wird heute nach einer Woche entlassen. Für die Krankenschwestern bedeutet das: sobald die Pflege weniger aufwendig wird, werden die Patienten entlassen, und Frischoperierte werden in ihre Betten gelegt. Das erhöht die Belastung des Personals und führt zu hohen Fehlzeiten in den Kliniken. Auf Intensiv- und Krebsstationen fehlt statistisch fast jede vierte Pflegekraft wegen Krankheit, so ist vom Deutschen Berufsverband für Krankenpflege zu hören. Während in Diagnostik, Therapie und Pflege seit 1969 erhebliche Veränderungen eintraten, wird der Personalbedarf nach wie vor nach einem Schlüssel aus jenem Jahr berechnet. Immer häufiger wird in letzter Zeit offen über den Personalbedarf gesprochen. Von einer „sehr angespannten Lage“ berichtet der Verwaltungsdirektor der Universitätsklinik in Frankfurt, Schwarz. Gerade an Krankenhäusern der „Maximalversorgung“, in denen vor allem Schwerstkranke zu versorgen sind, werden, so Schwarz, an Schwestern und Pfleger hohe Anforderungen gestellt. Kommt dann noch Personal-mangel hinzu, führt dies zu einer Überbelastung, die „auf Dauer nicht zu akzeptieren ist“.

Die Folgen sind schon jetzt an vielen Krankenhäusern „Bettenstilllegungen“, freilich ist auch von Überkapazitäten die Rede. Aber nicht nur deshalb, auch wegen Personal-mangel werden Stationen geschlossen und Operationstermine hinausgeschoben. So droht der urologischen Abteilung der Poliklinik an der Universität Gießen die vorübergehende Schließung; schon vor zwei Jahren war diese

Abteilung einmal für die Zeit von drei Monaten nur für Notfälle geöffnet.

Auch Ärztetreffen und Krankenhaustage beschäftigen sich mit dem Mißstand. Vor kurzem wies der Ärztliche Direktor des Klinikums Großhadern der Ludwig-Maximilians-Universität München, Peter, darauf hin, daß der Mangel an Pflegekräften bald alle anderen Probleme überdecken werde. 16 bis 20 Prozent der Stellen für Pflegekräfte in großen Kliniken könnten derzeit nicht besetzt werden.

Trotz allem wird immer wieder betont, der Mangel an Pflegepersonal werde nicht auf dem Rücken der Kranken ausgetragen, sondern durch Überstunden aufgefangen. Aber in der Hektik des Klinikalltags bleibt auch dann für „Zuwendung“, etwa für geduldiges Zuhören, kaum mehr Zeit — und das im Zeitalter einer angeblichen Besinnung auf eine ganzheitliche Medizin.

FAZ 30/7/88

Pflegedienstnotstand an Bayerns Krankenhäusern

MÜNCHEN, 29. Juli (AP). Bayerns Krankenhäusern droht wegen Mangels an ausgebildetem Personal der Pflegedienstnotstand. In einer Augsburger Klinik seien am Donnerstag zwölf Betten auf der Intensivstation und drei Operationssäle außer Betrieb genommen worden, berichteten die Pflegedienstleiterinnen des Münchner Klinikums Großhadern und des Klinikums rechts der Isar am Freitag in München. In städtischen Krankenhäusern in München und in Großhadern seien einige Betten schon seit Monaten „stillgelegt“, bis genügend Personal eingestellt sei, um die Patienten zu versorgen. Die Leitung der Würzburger Uniklinik rechne mit der Schließung von Operationssälen im Herbst. Kündigungen überlasteter Schwestern und Pfleger in den vergangenen zwölf Monaten, wenig Nachwuchs sowie die geringe Bezahlung seien Hauptursachen für die „bedrohliche Lage“, sagte der CSU-Landtagsabgeordnete Wilhelm. So hätten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 56 Schwestern im Klinikum rechts der Isar gekündigt.

Bisher seien aber nur 28 der freigewordenen Stellen wieder besetzt worden. Im Klinikum Großhadern der Ludwig-Maximilians-Universität München stünden von September an 82 Stellen offen, in der Erlanger Uniklinik 76. Auf die freien Stellen meldeten sich derzeit allerdings weitgehend „frisch examinierte“ Schwestern. (Siehe Seite 3.)

„Ich erkläre hiermit den Pflegenotstand“

Auch in Münchens Kliniken fehlen Schwestern / Zuwendung kann der Patient kaum mehr erwarten / Das Thema Aids

Fin. MÜNCHEN, 31. Juli. Im Münchener „Klinikum Rechts der Isar“ hatten 33 Schwestern zum 30. Juni 1986 gekündigt. Das war nicht besonders schlimm, da zum 1. Juli jenes Jahres 31 Schwestern eingestellt wurden. Jetzt, zwei Jahre später, kündigten 56 Schwestern zum 30. Juni, die jedoch nur durch 28 Kolleginnen ersetzt werden konnten. Im Münchener Klinikum Großhadern gingen die Bewerbungen innerhalb von zwei Jahren um etwa die Hälfte zurück. In Erlangen sind 76, in Würzburg 70, in drei großen Münchener Krankenhäusern insgesamt 163 Schwesternstellen unbesetzt. Das hat schon dazu geführt, daß Intensivbetten und Operationssäle „geschlossen“ werden mußten.

Vor einigen Tagen hat Professor Heberer, Chirurg am Klinikum Großhadern, auf einem Fachkongreß gesagt: „Ich erkläre

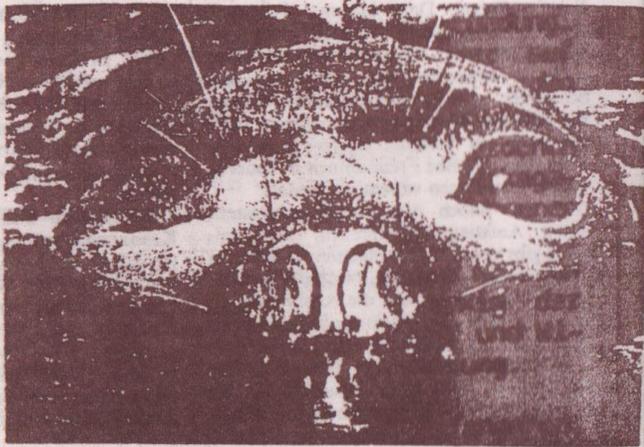
hiermit den Pflegekräftemangel“, dieser Erklärung dann allerdings das Wörtchen „bald“ hinzugefügt. Der Münchener CSU-Landtagsabgeordnete Wilhelm, parlamentarischer Berichterstatter für Hochschulkliniken, sagte: „Der Pflegenotstand ist nicht da. Aber wenn nichts geschieht, kommt er.“ Was wäre zu tun, damit er nicht kommt? Einer 40 Jahre alten OP- und Intensivschwester könnten höhere Bezüge verschafft werden als jetzt 3329 Mark brutto im Monat. Es könnten Fortbildungskurse eingerichtet werden, da eine OP-Schwester, die aus privaten Gründen fünf Jahre lang ihren Beruf nicht mehr ausgeübt hat, diesen nicht ohne weiteres wiederaufnehmen kann. Schon etwas schwieriger scheint es zu sein, das Schwesternheim des „Klinikums Rechts der Isar“ umzubauen. Dort haben drei Viertel der

ohnehin winzigen Apartments keine Toilette. Auf jeden Fall wird sich der Landtag mit der Angelegenheit befassen.

Wilhelm hatte zu einem Zeitungsgespräch zwei Pflegedienstleiterinnen mitgebracht. Die Frage, wie sich die Sehnsucht nach einem absolut sicheren, durch keine Maschine wegzurationalisierenden Arbeitsplatz und das – wie es immer heißt – starke soziale Interesse der Jugendlichen mit der sinkenden Bereitschaft zum Pflegedienst vereinbaren ließen, erwiderte Frau von Gropper (Großhadern), die „psychischen und physischen Anforderungen“ an die Schwestern seien in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Viele Schwestern beklagten es, daß „menschliche Zuwendung“ zum einzelnen Kranken kaum noch möglich sei. Durch die vielen

Kündigungen verschärfte sich nun die Situation derjenigen, die vorerst bei der Stange blieben. „Eine gewisse Panik“ sei schon aufgekommen.

Frau Jansen („Klinikum Rechts der Isar“) berichtete, es sei durch „Information“ gelungen, ursprüngliche „Vorbehalte“ des Personals gegenüber Aids-Patienten auszuräumen. Diese Aussage steht in Gegensatz zu den Sorgen der Politik der Münchener Universität, die kürzlich beauftragt, sie finde nur sehr schwer Pflegepersonal für Aids-Kranke. Diese bedürften allerdings, sagte Frau Jansen, einer besonders intensiven physischen Pflege im Zwei-Stunden-Rhythmus, jedoch auch einer ausgiebigen seelischen Betreuung, die eine Schwester oft besser leisten könne als ein Psychologe.



FAZ 11/2/82



Stellungnahme des DURCHBLICK

Am 23.6.88 haben vorm Frauenknast Plötzensee und dem Knast in Moabit Kundgebungen stattgefunden. Im Rahmen der Mobilisierung ist ein doppelseitiges Flugblatt erschienen, mit dem wir erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten haben. Wir halten es für notwendig, den einseitigen und unserer Ansicht nach zum Teil falschen und spalterischen Darstellungen öffentlich etwas entgegenzusetzen.

** (siehe die folgenden Seiten)*

Um unsere Kritikpunkte zu verdeutlichen und zu vermitteln, warum uns eine derart verkürzte und kurzsichtige Auseinandersetzung mit Knast einfach Bauchschmerzen bereiten muß, werden wir erstmal unser Verständnis von der Funktion des Knasts in der Gesellschaft vermitteln. Daß Knast und Justiz zu den wichtigsten Bestandteilen des Programms der Herrschaftssicherung des Staates gehören, ist klar. Eine Bedingung für Herrschaftssicherung ist ein gut funktionierendes System sozialer Kontrolle. Dies bedeutet, daß die in einer Gesellschaft herrschenden Normen innerhalb dieser weitervermittelt werden und deren Einhaltung kontrolliert wird. Das geschieht in der Familie, im Kindergarten, – laden, der Schule, der Kirche, vor der Glotze ... In der Regel klappt "Erziehung" zum/zur braven Bürger/in, der/die die herrschenden Werte und Normen verinnerlicht hat, auch problemlos. In den Fällen, in denen es trotzdem zu Normverletzungen kommt, schalten sich Jugendamt, Bullen und Justiz kontrollierend und strafend ein. Je nach Alter, Art der Normverletzung und gesellschaftlicher Stellung können die verschiedensten Maßnahmen ergriffen werden: Geldstrafen, Freizeitarbeiten, Heimweisung, Bewährungsstrafen, Psychiatrisierung usw. Das härteste Sanktionsmittel neben der Psychiatrie ist der Knast.

Es ist wichtig zu begreifen, daß alle Teile der sozialen Kontrolle aufeinander aufbauen. Jede Kontroll- und Strafinstanz funktioniert nur, weil sich bei ihrem Versagen sofort eine noch mächtigere einzuschalten droht. Letztes Glied in dieser Kette ist der Knast.

Das System der sozialen Kontrolle wirkt zum einen durch den direkten Zugriff auf die Einzelperson (Sanktion). Andererseits soll den normenkonform Lebenden durch die Bestrafung der Normverletzer/innen die Wirksamkeit und Gültigkeit der bestehenden Gesetze vor Augen geführt werden. So werden sie in ihrem angepaßten Verhalten bestätigt und können sich gleichzeitig positiv von den "Übeltäter/innen" abheben. Um dieses Gefühl und damit auch die

Solidarität mit dem Staat und seinen Normen noch zu verstärken, wird durch die Medien der/die Normverletzer/in zum Feindbild aufgebaut. Es wird z.B. gezielt der Eindruck erweckt, es handele sich bei Gefangenen generell um "gewalttätige Verbrecher/innen" (tatsächlich sitzen ca. 70% aller Gefangenen wegen Eigentumsdelikten im Knast), vor deren blutrünstigen Aktivitäten nur der Staat Schutz bietet. Durch diesen angeblichen Schutz der Allgemeinheit legitimiert der Staat ganz nebenbei seinen Herrschaftsanspruch und den Ausbau der Maßnahmen und Institutionen zur Sicherung von Gesetz und Ordnung.

Wir fassen jetzt nochmal zusammen, welche Wirkung der Aufbau eines Feindbilds, in diesem Fall das der Gefangenen, hat:

Wird der "gesunde Volkszorn" gegen ein/e bestimmte/n Feind/in mobilisiert, kann sich der Staat ziemlich sicher darauf verlassen, daß "sein Volk" bestens im Sinne der Herrschenden funktionieren wird.

Es wird

- selbst Normen und Gesetze einhalten.
- alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Feindes/der Feindin gutheißen und sogar schärfere fordern. Nicht zur Kenntnis oder aber in Kauf genommen wird die damit verbundene Einengung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Verantwortung, gerade auch für Konfliktlösungen, wird an den Staat abgegeben.
- abgelenkt von seinen tatsächlichen Problemen bzw. den/die Feind/in als Verursacher/in betrachten (z.B. Erwerbslosigkeit und Rassismus).

Der Blick darauf, daß die Gesetze und Normen nur der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden dienen, ist verstellt. Es ist z.B. kein Zufall, daß gerade in einem kapitalistischen Staat wie der BRD das "Recht auf Eigentum" so betont wird. Daß damit in erster Linie der durch Ausbeutung zustandegekommene Reichtum der Herrschenden gemeint ist, ist klar. Allen anderen würde eine Umverteilung nur zugute kommen. Doch wer sich über den/die Ladendieb/in aufregt, merkt nicht vom wem er/sie eigentlich bestohlen wird.

Durch die Schaffung scheinbarer Fronten klappt die Spaltung immer besser: Erwerbslose gegen Erwerbstätige, deutsche Arbeiter/innen gegen solche aus anderen Ländern, ... und im Knast dann Drogengebraucher/innen gegen Nicht-Dro-

gebraucher/innen, "politische" gegen "soziale" Gefangene, "Resozialisierungswillige" gegen "Vollzugsstörer/innen" usw. So wird gespalten und gegeneinander ausgespielt, bis endlich keine/r mehr merkt, wo der eigentliche Feind ist. Während sie sich untereinander bekämpfen, können die Herrschenden ihr Geschäft in Ruhe weiterbetreiben.

Als der kurzen Darstellung der Funktion des Knastes im System der sozialen Kontrolle und der Funktion des Feindbilds, das in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Gefangenen projiziert wurde, müßte eigentlich auch klar geworden sein, daß es für die Herrschenden im Grunde ziemlich egal ist, welche Leute im Knast sitzen, da dies für das Funktionieren des Gesamtsystems kaum von Bedeutung ist. Entscheidend ist dafür nur, daß es Knäste gibt und sich ein bestimmter Anteil der Bevölkerung dort befindet. Wie austauschbar die Gefangenenengruppen sind, zeigt z.B. die Tatsache, daß trotz verstärkter Einknastung von Drogengebraucher/innen die Gefangenenzahl ziemlich konstant geblieben ist. So sitzt quasi eine Gruppe von Normverletzer/innen stellvertretend für eine andere im Knast. Welche Gruppe wann verstärkt kriminalisiert und eingeknastet wird, ist eher abhängig von ihrer propagandistischen Ausschaltbarkeit als von der tatsächlichen von ihr ausgehenden "Gefahr für die Allgemeinheit". Da bekommt doch der Satz "Ihr seid für uns Drinnen, wir für Euch Draußen" noch einen ganz anderen Sinn ...

Die einzige Gefangenenengruppe, die von dieser Form der Austauschbarkeit nicht betroffen ist, ist die, die aufgrund ihrer direkt gegen den Staat gerichteten Aktionen eingefahren ist. In diesem Fall setzt der Staat allein auf unmittelbare Unterdrückung und Vernichtung.



Doch kommen wir nun endlich ganz konkret zur Kritik am erwähnten Flugblatt.

Es richtet sich - auch nach genauestem Durchzählen kamen wir an der Feststellung nicht vorbei - an nicht mehr als zehn von ca. 3500 gefangenen Männern und Frauen hier in Westberlin. Das entspricht auch genau dem eingeeengten Weltbild, daß die Verfasser/innen uns in dem gesamten Papier vermitteln. Knast erscheint ihnen nicht etwa als Bedrohung für alle, die sich nicht normenkonform verhalten, sondern nur für die, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten kriminalisiert werden. Mit seiner gesellschaftlichen Funktion setzen sie sich nicht auseinander. Nur in den Absätzen über die Situation in Kreuzberg 36 scheint die Erkenntnis aufzutauchen, daß sich staatliche Repression gegen jede/n richtet. Dem Flugblatt zufolge liegt dies daran, daß sich in K 36 die Ansätze zu einer Klassenbewegung in besonders zugespitztere Form zeigen. Daß mit den gleichen Maßnahmen gegen jede Gruppe und Einzelperson vorgegangen wird, die die Normen der Herrschenden verletzt, fällt da völlig unter den Tisch. Treibjagden auf Drogengebraucher/innen, Versuche HIV-Positive zu kasernieren, polizeiliche Todesschüsse bei Einbrüchen usw. - daß der Vernichtungsapparat immer der gleiche ist und immer das gleiche Ziel, die Herrschaftssicherung, verfolgt, bleibt unbemerkt.

Da die Verfasser/innen anscheinend nur die eigene Bedrohung wahrnehmen, ist es natürlich naheliegend, daß sie diese Sichtweise auch auf "ihre Gefangenen" übertragen. Richtig ist natürlich, daß diese von vornherein besonders repressiven Haftbedingungen unterliegen (z.B. 24-Punkte-Programm bei den meisten, die nach § 129a einfahren), der Angriff auf ihre Identität findet unmittelbar und offensichtlich statt.

Jedoch ist den Autor/innen offenbar entgangen, daß die Trakte schon seit Jahren mit den verschiedensten Gefangenen belegt werden, die sich auf irgendeine Art nicht anstaltskonform verhalten. Mal reicht's aus, 'nem unerträglichen Schließler eine gescheuert zu haben, mal müssen angebliche Fluchtversuche herhalten und ab und an gibt's auch gar keine Begründung. Als "Vollzugsstörer/in" gilt schon, wer auf ganz legalem Wege ständig Beschwerden schreibt. Im Einzelfall wird der Traktaufenthalt noch durch Bunkerstrafen unterbrochen oder durch Verabreichung von Psychopharmakagaben zur Hölle gemacht. Da diese Gefangenen aber in der Regel keine Lobby haben, die ihre Situation und die Zustände in den Knästen öffentlich macht, kann sich hartnäckig der Glaube halten; nur Gefangene aus RAF und Widerstand seien Opfer der Sonderbehandlung.

Auch die Praxis der Trennung von Gefangenen, die Ansätze von gemeinsamem Handeln zeigen, ist uralte. Generell wird seit Bestehen der

Knäste versucht, jede Entstehung von Strukturen, die für die Herrschenden nicht mehr absolut durchschaubar und kontrollierbar sind, zu unterbinden, indem die Gefangenen auseinandergelegt werden. Den Herrschenden ist sehr wohl bewußt, daß viele Gefangene für sich selbst und in kleinen Gruppen die verschiedensten Normen entwickelt haben, sich dem Druck zu entziehen und/oder dagegen Widerstand zu leisten (Verweigerung des Behandlungsprogramms, Arbeitsverweigerung, Sabotageaktionen ...). Sie wissen auch, daß sie, wenn sich daraus gemeinsam organisierte Aktionen entwickeln, nicht mehr viel zu lachen haben werden.



Die ärztliche Versorgung ist in den Knästen überall gleichermaßen schlecht. Viele gefangene Männer und Frauen leiden ihr ganzes Leben unter den durch nicht geleistete oder miserable Behandlung verursachten körperlichen Schäden oder sterben daran. Die Schikanen, denen Angelika Goder ausgesetzt ist, haben zweifellos ihre Ursachen auch darin, daß sie sich bis heute dem Druck der Herrschenden nicht gebeugt und nicht aufgegeben hat; sie erlebt die gleichen Zwangsmaßnahmen wie jede/r Gefangene, der/die sich dem Knastsystem nicht unterordnet.

Natürlich ist es nur logisch und legitim, sich zunächst mit jenen zu solidarisieren und auseinanderzusetzen, zu denen politisch und/oder menschlich die größte Nähe besteht. An diesem Punkt darf aber eine sich als politisch definierende Diskussion von "Knast" nicht stehenbleiben.

Was wir deutlich machen wollen, ist folgendes: Die Verfasser/innen gehen in ihrem Text nicht von einer grundsätzlichen Analyse der Funktion des Knasts und der Gefangenen aus, sondern

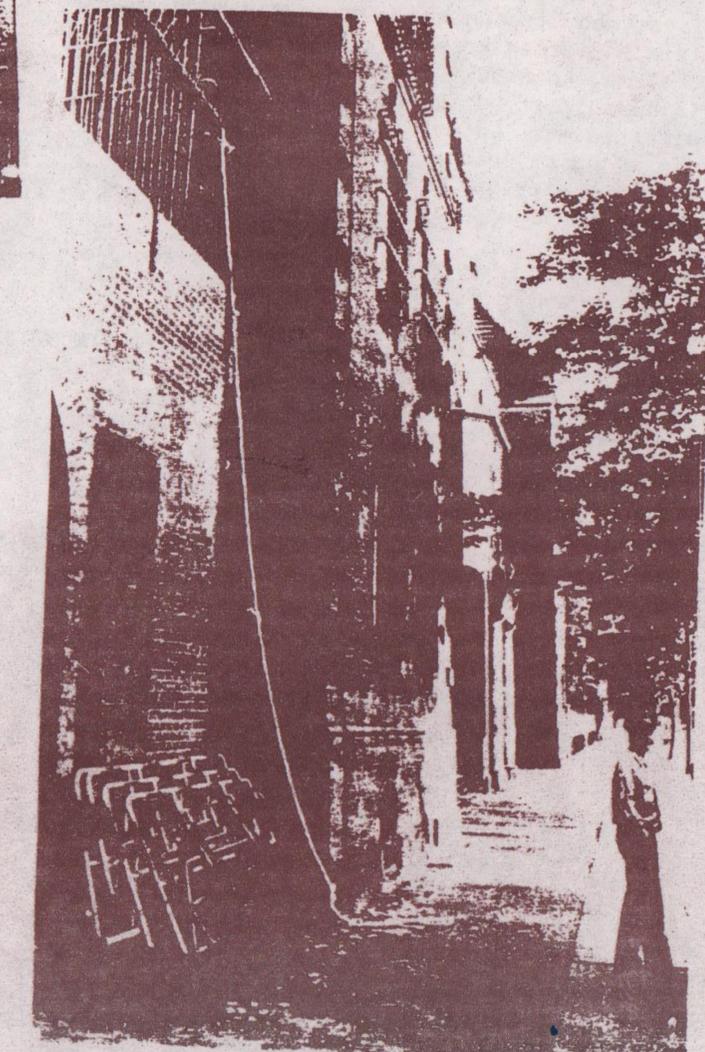
beschränken sich auf die Darstellung der Situation einer ganz bestimmten Gruppe. Sie vermitteln nicht anhand eines Beispiels die gesamte Problematik und suggerieren so eine Wirklichkeit nicht in dieser Form vorhandene Einzigartigkeit.

An diesem Punkt vollziehen sie die Spaltungspolitik nach, mit der der Staat seine Herrschaft sichert. Wenn z.B. also im Knast, je nach Art der Normverletzung, Grad der Angepaßtheit, Haftdauer o.ä., die Gefangenen unterschiedliche Haftbedingungen haben, dann soll damit auch das gemeinsame ihrer Situation verschleiert, jede Solidarisierungsmöglichkeit unterdrückt werden. Wenn wir Draußen eine einseitige Lobbypolitik zulassen, dann hat dies zur Folge, daß wir genau diese Spaltungspolitik mittragen und den Herrschenden damit in die Hände arbeiten.

Ziehen wir doch mal ganz gemein den Umkehrschluß aus einer Forderung wie "Freilassung für Günther Sonnenberg". Der heißt dann: "Die Anderen können drin bleiben".

Deshalb: Keine Spaltung Drinnen und Draußen!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!



KNASTKUNDGEBUNGEN IN MOABIT UND PLOTZENSEE

DONNERSTAG, 23.6.88

um 17.00 in PLÖTZENSEE um 18.30 in MOABIT, TURMSTRASSE

wir machen diese kundgebungen, weil knast für uns als widerstand bedingung und kampfterrain ist.

wir wollen den gefangenen vom 1. mai unsere solidarität rüberbringen und den politischen druck für die hüftoperation von angelika goder und für die verlegung von angelika und gabriele rollnik in die gruppe von gefangenen aus der raf in lübeck verstärken.

der knast ist eine ständige bedrohung für alle, die sich gegen die alltägliche ausbeutung und unterdrückung wehren, für alle, die sich im revolutionären widerstand begreifen und kämpfen.

knast ist das gebiet der konfrontation, wo der zugriff der herrschenden auf uns am direktesten ist, er ist deshalb auch das gebiet, wo es existentiell für uns ist unsere identität zu bewahren und den kampf fortzusetzen. knast ist ein kampfterrain, die kämpfenden gefangenen sind teil der revolutionären bewegung insgesamt. die gemeinsamkeit des kampfes drinnen und draußen drückt sich in konkreter praktischer solidarität aus.

in den letzten jahren hat sich die repressive gesetzgebung verschärft. immer mehr frauen und männer, die widerstand leisten werden kriminalisiert und eingeknastet. (§129a, konstrukt "legale raf", verhaftungen in düsseldorf, duisburg, ulla und ingrid, etc.) nicht zuletzt hat die repressionswelle nach den schüssen an der startbahn west im herbst 87 deutlich gezeigt, daß die auseinandersetzung um verhalten und kampf im knast für uns sehr wichtig ist.

das heißt z.b. auch die auseinandersetzung um aussageverweigerung. gerade nach den startbahnschüssen wurde es dem staatsschutz erst durch die aussagen, die leute gemacht haben, möglich, beschuldigungen und konstrukte gegen die festgenommenen aufzubauen und darüberhinaus zusammenhänge aufzurollen und weitere leute festzunehmen.

die entscheidung, bei einer festnahme nicht mit den schweinen zu kollaborieren setzt unseren kampf / die eigene identität gegen ihren zugriff auf uns.

vor dem hintergrund der mobilisierung gegen den iwf/weltbank kongreß im herbst bekommt diese auseinandersetzung für uns nochmal eine ganz konkrete bedeutung, schließlich wollen wir uns nicht wie das kaninchen vor der schlange von den repressionsdrohungen blockieren lassen.

im letzten jahr hat die spontane revolte in kreuzberg gezeigt, welche dimension unzufriedenheit und der haß gegen den staat und seine gewaltapparate mittlerweile haben, daß es ansätze einer klassenbewegung gibt. das ist von der tendenz her eine allgemeine entwicklung (z.b. rheinhausen), in k36 hat sie die zugespitzteste form. die repression der schweine läuft nicht einfach gegen den widerstand, sondern gegen die bevölkerung des ganzen stadtteils. die integrationsstrategien der letzten jahre konnten die gesellschaftlichen widersprüche nicht zu kleistern.

seit mai 87 wird kreuzberg immer wieder militärisch von der staatlichen bürgerkriegsarmee, genannt polizei, besetzt; oder, wie zum reaganbesuch im juni 87, abgeriegelt. sie bauen schon längst nicht mehr auf den politischen konsenz, sondern setzen (neben ihren integrationsversuchen zwecks spaltung und ruhigstellung) immer mehr auf einschüchterung und offene gewalt.

gegen diese angriffe auf unseren lebensbereich auf den stadtteil als soziale struktur, entwickelt sich immer wieder widerstand. einen organisierten politischen ausdruck hat das mit der 1.mai-demo 88 bekommen.

in der nacht des 1.mai inszenierten die schweine einen lang vorbereiteten angriff gegen die leute auf der straße, um ihre schlappe vom 1. mai 87 wettzumachen und um unseren politischen erfolg mit der demo zurückzudrängen. dazu gehörten natürlich auch massive festnahmen, wovon jetzt noch vier männer in moabit sitzen. VOR DEM KNAST WOIEN WIR SIE GRÜßEN UND IHNEN UND IHNEN UNSERE SOIIDARITÄT RÜBERBRINGEN!



im hs-trakt der frauen in moabit sitzen zur zeit angelika goder und gabriele rollnik, beide gefangene aus der raf, in zweierisolation. seit dem hungerstreik 84/85 fordern sie im rahmen der forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand in große gruppen ihre verlegung nach lübeck und die zusammenlegung mit den dortigen gefangenen frauen aus der raf.

seit jahren fordert angelika eine dringend notwendige operation an der hüfte ohne staatschutzwachung im krankenzimmer. jetzt gibt es eine konkrete zusage, daß die operation in knastkrankenhaus fröndenberg (nrw) unter ihren bedingungen laufen kann. daß die schweine jetzt endlich diese zusage gegeben haben liegt auch daran, daß die forderung der gefangenen im widerstand immer wieder zum punkt gemacht worden ist. (z.b. auch das plakat zu ihrer op und zur zl, mit dem das ex und die backstube kriminalisiert werden sollten; die aktionen der verwanten ihre fahrt zum un-menschenrechtsausschuß als die brd-regierung den bericht über die menschenrechtssituation in der brd vorlegen mußte)

konkret sieht die situation aber so aus, daß gabi und angelika in die plötze verlegt werden sollen, wobei nicht klar ist wie das genau aussehen soll, ob sie zusammen bleiben oder getrennt werden sollen.

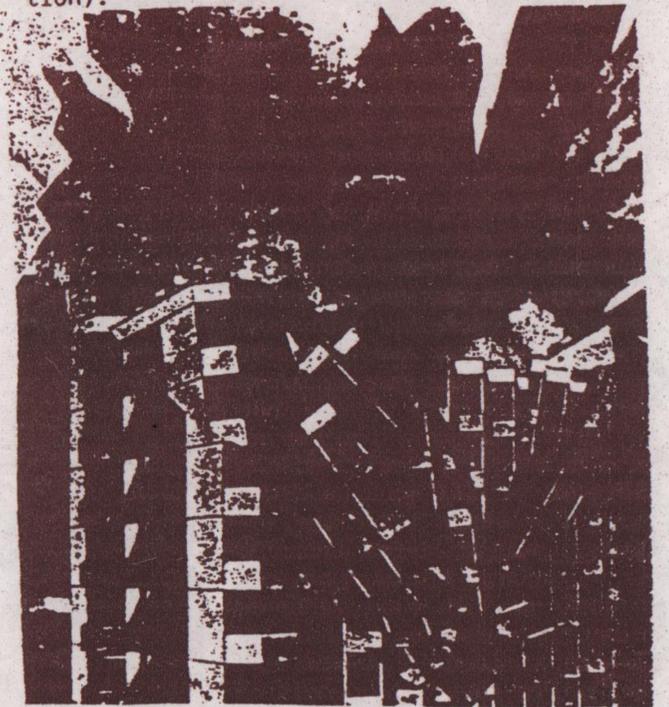
angelika kann die operation nicht machen lassen bevor ihre weiteren haftbedingungen klar sind. die schweine könnten sonst die situation ausnutzen um sie nach der operation in nrw zu behalten und so die beiden für den rest ihrer haftzeit zu trennen. deshalb kommt es gerade in dieser situation darauf an, daß wir weiterhin politischen druck für die erfüllung der forderungen der beiden frauen machen. für viele der revolutionären gefangenen ist der kampf um zusammenlegung, also für große gefangenenkollektive, eine existenzielle frage, weil da, wo gemeinsame diskussion und arbeit möglich ist, das vernichtungskonzept der isolationshaft bricht.

der kampf um zusammenlegung ist auch unser kampf, weil die revolutionären gefangenen teil der revolutionären bewegung sind, mit dieser forderung ist gemeinsame diskussion und kampf mit den gefangenen möglich.

die durchsetzung der zusammenlegung heißt, daß sich ein teil des widerstands durchgesetzt hat, und das stärkt die gesamte revolutionäre bewegung.

klar ist, daß sich über die verlegung in den hs-trakt in der plötze die bedingungen für gabi und angelika verschlechtern würden. die plötze ist ein nato-modellknast, der nach einem konzept der isolation und differenzierung (stufenweiser behandlungsvollzug) aufgebaut ist und der schrittweise und schlechend zu einem einzigen hs-trakt ausgebaut wird.

der trakt in der plötze soll über die politischen gefangenen legitimiert werden, aber er ist in wirklichkeit teil eines umfassenden knastkonzepts, mit dem sie alle gefangenen männer und frauen bedrohen wollen die sich wehren und organisieren. zur zeit werden in der plötze die sicherheitsvorkehrungen verschärft (einbau von milchglas, abtrennen der höfe, überprüfung der kanalisation).



im letzten jahr haben gefangene frauen in der plötze gegen dieses knastsystem mit einem hungerstreik gekämpft und in ihrer erklärung gesagt: "...er (der hungerstreik) ist unsere erste und bestimmt nicht letzte gemeinsame aktion entgegen der spalerei und permanenter fremdbestimmung. denn was in diesem knast im großen läuft, macht auch vor den einzelnen stationen / zwangsgemeinschaften nicht halt. so, wie wir in einzelne häuser und wohngruppen für btmerinnen, soziale gefangene und politische aufgeteilt sind, sollen die stationen nochmals unter sich in kooperative und nicht-kooperative aufgespalten werden -wobei die kooperativen die überhand gewinnen sollen."

uns hat der hungerstreik der frauen damals ziemlich mobilisiert. er ist ein weiteres beispiel dafür, daß der widerstand auch unter anderen bedingungen weitergeht bzw. sich entwickeln kann,

wir wollen mit dieser knastkundgebung allen kämpfenden gefangenen frauen und männern in der plötze und in moabit powrige solidarische grüße direkt vor ort rüberbringen. wir wollen ihnen damit zeigen, daß der gemeinsame kampf aus den unterschiedlichen bedingungen heraus für uns das verbindende ist.

SOIIDARISCHE GRÜßE AN ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN MÄNNER. UND FRAUEN

SPEZIEIEN GRUß AN DIE GEFANGENEN VOM 1.MAI
ZUSAMMENIEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

OPERATION FÜR ANGEIKA OHNE STAATSCHUTZ IM KRANKENZIMMER

FREIIASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG